Sonnabend, 12. Juli 1930
12. Jahrgang. Nummer 159

Arbeiter-Zeitung

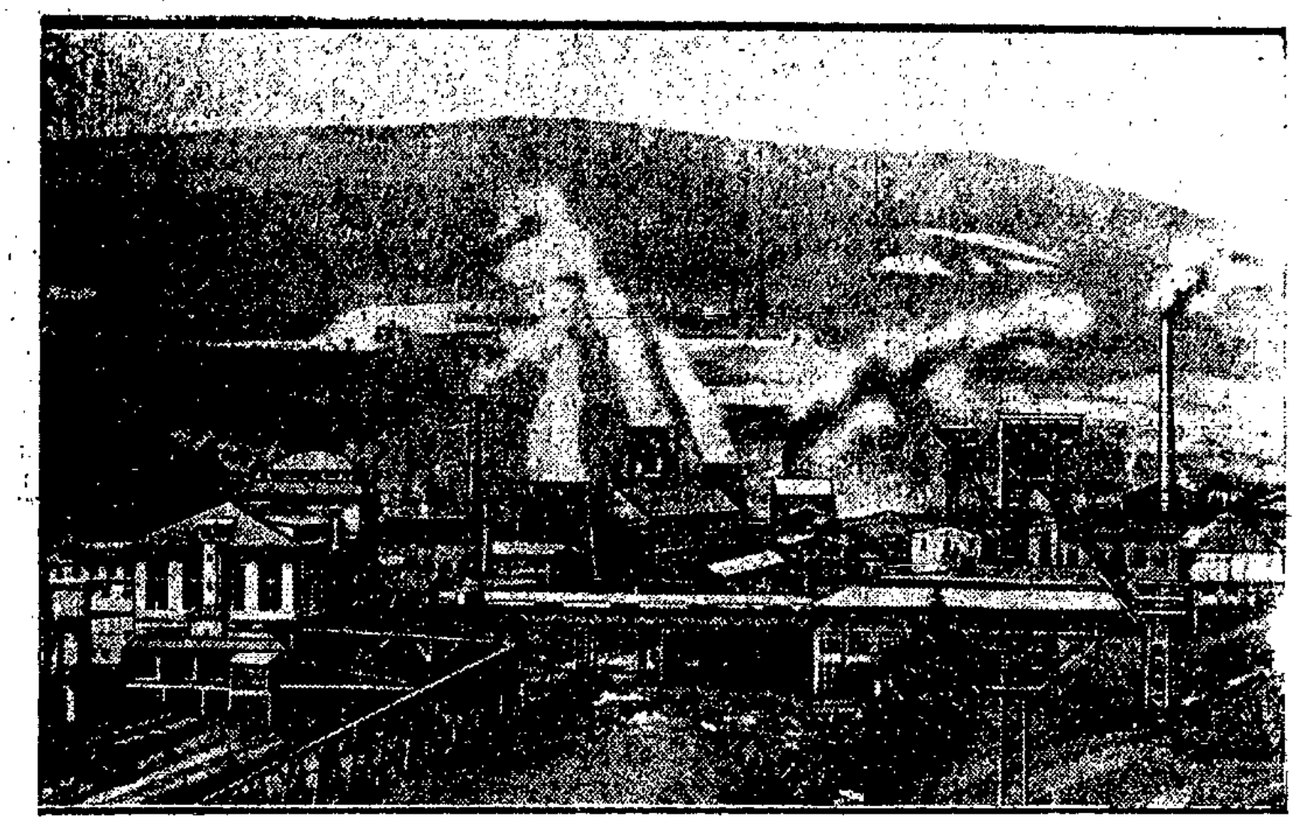
Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: wöchentl. 48 Pf. + 12 Pf. Botenlohn = 60 Pf., monatl. 2,10 Mk. + 50 Pf. Botenlohn = 2,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch d. Post bezogen monatl. 2,60 Mk., unter Streifband 3 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile od. deren Raum 12 Pf., Vereins- u. Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile od. deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß d. Inseratenannahme in d. Hauptexpedition 8 Uhr; in d. Filialen am Tage vorher bis spät. 18 Uhr

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Str. 50. Tel. 560 39. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Tel. 239 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—13, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. Filialexpeditionen: Gleiwitz, Oberstr. 26, Tel. 4085; Oppeln, Adalbertstr. 11, Tel. 1364; Görlitz: Lunitz 6, Tel. 2384. Geschäftszeit: 8—19 Uhr. Gerichtsstand: Hauptverlagsort Breslau. Erscheinungsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellsch. mbH., Bresl. — Druck: „Peubag", Fil. Breslau, Trebnitz. Str. 50

Wenzeslaus-Kumpels fordern Verhaftung der Direktoren

Die Wenzeslausgrube



Rettungsarbeiten im vergasten Schacht

Die Katastrophe auf dem Kurtschacht der Wenzeslausgrube hat, wie nunmehr feststeht, 151 Tote gefordert. 49 Kumpels liegen schwer vergiftet in den Krankenhäusern. Insgesamt waren in dem betroffenen Schacht 210 Arbeiter beschäftigt, von denen nur 10 dem Kohlensäureausbruch entrinnen konnten.

Das Kampfprogramm der Wenzeslaus-Kumpels

(Einstimmig angenommen in der Hausdorfer Protestversammlung)

Die heute versammelten Bergarbeiter und Frauen klagen das profitgierige Grubenkapital des Massenmordes an mehr als 150 Proletariern an. Die Katastrophe auf der Wenzeslausgrube hat ihre Ursachen wie die meisten Grubenkatastrophen in dem wahnsinnigen Antreiber- und Ausbeutersystem in den Betrieben der Bergbauindustrie. Nicht ein unabwendbares Naturereignis hat auf der Wenzeslausgrube mehr als 150 Bergarbeiter in den Tod gerissen, sondern die maßlose Profitgier des Unternehmertums, das in seiner Gewinnsucht die notwendigen Vorsichtsmaßregeln nicht beachtende Grubenkapital.

Aber nicht nur das Grubenkapital ist schuld an dem Massenmord, sondern auch die Parteien, die im Preußischen Landtage die kommunistischen Anträge auf erhöhte Grubensicherheit ablehnten. Alle diese Parteien — von den Deutschnationalen bis zur SPD. — haben ebenso frivol mit dem Leben Hunderter Bergkumpel gespielt wie das Grubenkapital selbst.

Die Versammelten fordern zur Verhinderung zukünftiger Katastrophen:

1. Abschaffung jeglicher Akkord- oder Gedingearbeit, Entlohnung nach einem tariflichen Zeitlohn, der den Bergarbeitern ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht. Fortzahlung des Lohnes für die Zeit, wo der Bergkumpel wegen Gefahrendrohung seinen Arbeitsplatz verlassen muß. Verbot jeder Prämienentlohnung.
2. Sechsstundenschicht unter Tage bei vollem Lohnausgleich.
3. Erhöhung der Grubensicherheit durch Anstellung von Grubenkontrolleuren, die mindestens zehn Jahre im Bergbau arbeiten und davon fünf Jahre als Hauer tätig waren und dadurch über die genügende praktische Erfahrung verfügen. Die Grubenkontrolleure sollen von der Belegschaft auf Zeit gewählt werden. Die gewählten Grubenkontrolleure sind von der Grubenverwaltung unkündbar und dürfen in keiner Weise bei ihrer Kontrolltätigkeit behindert werden. Sie sind berechtigt, die Stillegung gefährdeter Betriebspunkte anzuordnen. Bei Verstößen gegen die bergpolizeilichen Vorschriften soll der Grubenkontrolleur das Recht haben, Anklagen zu erheben und die Klage selbst zu vertreten. An Stelle der jetzigen Bergbehörden müssen Bergarbeiterschutzkommissionen gewählt werden durch die gewählten Grubenkontrolleure.
3. Die bergpolizeilichen Vorschriften sind zu verschärfen zu dem Zwecke, eine erhöhte Sicherheit für die Belegschaft zu gewährleisten entsprechend den Anträgen der kommunistischen Landtagsfraktion zur Grubensicherheit.
4. Sorgfältigste Pflege der Verletzten und Zahlung ausreichender Renten an diese. Sofortige Auszahlung von ausreichender Unterstützung an die Hinterbliebenen. Volle Bezahlung der durch das Unglück verschuldeten Feierschichten.
5. Die sofortige Verhaftung der schuldigen Direktoren.

Die versammelten Bergarbeiter und Frauen sind sich darüber klar, daß die obigen Mindestforderungen nur im schärfsten Kampf gegen das Grubenkapital und den kapitalistischen Staat durchgesetzt werden können. Sie bekunden deshalb ihre volle Solidarität mit den kämpfenden Mansfelder Bergarbeitern.

Für das Waldenburger Gebiet müssen schnellstens alle auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre zusammentreten, um die Maßnahmen zu beraten, zur Vorbereitung des Kampfes um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und erhöhte Grubensicherheit und in Verbindung mit dem in der Bergbauindustrie Waldenburgs in Aussicht stehenden Tarifablauf. Als erstes fordert deshalb die Versammlung alle Betriebsbelegschaften des Waldenburger Gebietes auf, Vertreter zu der am Sonntag, dem 13. Juli, stattfindenden Industriegruppentagung Bergbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition zu entsenden. Die Anwesenden fordern außerdem die Bergarbeiterschaft des Waldenburger Kohlenreviers auf, am Tage der Beerdigung der Toten der Wenzeslausgrube in einen Proteststreik bei voller Bezahlung der Schicht gegen das Mordsystem zu treten.

Abrechnung mit der schuldigen Grubenverwaltung

Ueberfüllte Bergarbeiterversammlung in Hausdorf

Am frühen Morgen des 10. Juli sind die Vertreter der Kommunistischen Partei an dem Ort der Unglückszeche Wenzeslaus. Während die bürgerlich-sozialdemokratischen Pressevertreter versuchen, von der Grubenverwaltung Informationen zu bekommen, nehmen die Vertreter der Kommunistischen Partei die Verbindung mit den Bergarbeitern der Wenzeslausgrube auf, um sich bei den Arbeitern zu erkundigen über die Betriebsverhältnisse, die wahrscheinliche Ursache und den Umfang der Auswirkungen der Katastrophe.

Die Bergarbeiter, die den bürgerlichen und sozialdemokratischen Pressevertretern mit Mißtrauen gegenübertreten, haben sofort zu den Vertretern der KPD. und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition Vertrauen, weil sie fühlen, daß zu ihnen Klassengenossen kommen, die bereit sind, ihre Interessen zu vertreten.

Die Bergarbeiter kommen einzeln und in Trupps zu den schnell eingerichteten Standquartieren der Kommunisten, führen Beispiele an über die fast unbeschreibbaren Betriebsverhältnisse, über das Antreibersystem, bringen Lohnzettel mit, damit die Vertreter der Arbeiterpartei eine ganz genaue Einsicht bekommen. Die KPD., die bisher in der Wenzeslausgrube weder eine Betriebszelle noch in den umliegenden Dörfern Ortsgruppen hatte, sondern nur mit einzelnen Bergarbeitern in Verbindung stand, organisierte noch am gleichen Tage eine öffentliche Bergarbeiterversammlung in Hausdorf, in einem Lokal, das der Schachtanlage, auf der das Unglück sich ereignete, gerade gegenüberlag. Schnell wurde mit den primitivsten Mitteln, aber großem Arbeitseifer das Agitationsmaterial hergestellt. Die KPD. rief die Arbeiter zur Versammlung auf, und sie kamen in hellen Scharen, so daß ein großer Teil im Saale keinen Einlaß mehr fand. Die Bergarbeiter kamen trotz der Sabotage der Grubenverwaltung, die das Lokal abtreiben wollte, trotz des Eingreifens der Landjäger, die unsere schnell angefertigten Transparente nicht sehen konnten und trotz der Gegenpropaganda der SPD. Eine Viertelstunde nach der festgesetzten Zeit konnte der Genosse Brodde als Versammlungsleiter in einem brechend vollen Saal die Versammlung eröffnen.

Die Anklagerede des Genossen Wollweber

Genosse Wollweber zeigte zuerst die verschiedensten Methoden des Unternehmertums bei größeren Betriebsunfällen auf. Sehr oft wenden die Unternehmer die Methode an, Betriebsunfälle, insbesondere Grubenkatastrophen, als unabwendbares Naturereignis hinzu-

Die Verwaltung der Wenzeslausgrube kommandiert:

Antreten zum Grabschaufeln..

(Siehe Artikel auf der 2. Hauptseite)

stellen, mitunter versuchen sie auch die Schuld an einem Unglück den Arbeitern in die Schuhe zu schieben, und sie scheuen sich dabei nicht, selbst Tote zu beschuldigen.

Genosse W. behandelte dann die Betriebsverhältnisse auf der Wenzeslausgrube. Unter stärkster Zustimmung der Versammelten konnte er feststellen, daß die Wenzeslausgrube eine Arbeitshölle ist, wo nicht nur geschuftet werden muß bis zum Zusammenbrechen, sondern wo die Beschäftigten nur unter größter Lebensgefahr arbeiten können. Auf Grund von Mitteilungen von einer ganzen Reihe von Bergarbeitern konstatierte der Genosse W.,

daß schon in der Frühschicht an dem Tage, wo das Unglück sich ereignete, die heraufziehende Gefahr bemerkt wurde.

Die Bergarbeiter, die zur Frühschicht eingefahren waren, und die ja gewohnt sind, ständig unter Lebensgefahr zu arbeiten, merkten, daß an diesem Tage die Kohlensäureverlagerung außerordentlich gefährliche Formen angenommen hatte. Es ist dann einwandfrei festgestellt worden, daß der Hauer Franke gegen 16 Uhr am 9. Juli dem Betriebsführer gemeldet hat, daß bereits ein Kohlensäureausbruch zu verzeichnen sei und die Belegschaft in der allergrößten Gefahr schwebe. Der zuerst das Unglück meldete, Hauer Franke, wurde aber bei seiner Meldung —

vom Betriebsführer abgewiesen

mit der Bemerkung, daß man nicht glaube, daß ein Unglück geschehen sei, man wolle sich erst einmal selbst unten im Schacht erkundigen. Durch diese Haltung der Betriebsführung trat dann eine Verzögerung der Alarmierung der Rettungskolonne bis zu zwei Stunden ein. Nach übereinstimmender Auffassung der fachkundigen Bergarbeiter hätte der größte Teil der heute tödlich Verunglückten gerettet werden können, wenn der Betriebsführer nicht den das Unglück meldenden Hauer Franke zuerst abgewiesen hätte. Die außerordentlich große Kohlensäuregefahr in der Wenzeslausgrube war allgemein bekannt, und insbesondere der Betriebsführung

Das Verhalten der Betriebsführung bei der Meldung der Katastrophe durch den Hauer Franke sei geradezu verbrecherisch.

Gerade der letzte Kohlensäureausbruch in der vorherigen Woche hätte die Betriebsführung veranlassen müssen, die allergrößten Vorsichtsmaßregeln zu treffen.

Charakteristisch sei, daß nach zuverlässigen Mitteilungen einer der Direktoren, nämlich Dr. Gärtner, bei der Bergbehörde beantragt habe, man möge die polizeilichen Bestimmungen zur Verhütung der Kohlensäuregefahr lockern, weil dadurch die Produktivität der Grube wesentlich gefördert werden könne. Als der Genosse Wollweber dies mitteilte, brachte die Versammlung ihre helle Empörung über das schändliche Verhalten des Dr. Gärtner zum Ausdruck.

An einzelnen Beispielen führte dann der Referent den Beweis, daß auf der Wenzeslausgrube nicht nur die Vorsichtsmaßregeln außerordentlich mangelhaft waren, sondern daß man direkt

gegen die bergpolizeilichen Verordnungen gehandelt habe.

An Arbeitsplätzen, wo wegen einer besonders großen Kohlensäuregefahr nicht mit der Hacke gearbeitet werden durfte nach den bergpolizeilichen Bestimmungen, ist trotzdem mit der Hacke gearbeitet worden. Es hatten sich einzelne Bergarbeiter und mehrere Zeugen gemeldet, die bekundeten, daß sie wiederholt in indirekter, manchmal sogar in direkter Form aufgefordert wurden, die bergpolizeilichen Bestimmungen zu durchbrechen. Unverantwortlich sei auch die Haltung der Bergbehörde gewesen, die zwar für die stark gefährdete 18. Abteilung das Arbeiten mit der Schrämmaschine verboten hatte, aber in der mindestens ebenso gefährlichen 17. Abteilung die Benutzung von Schrämmaschinen gestattet habe. Viele Bergarbeiter haben sich nach den Angaben an Genossen W. wiederholt an ihre Vorgesetzten wegen der bedrohlichen Anzeichen gewandt und die Beseitigung der besonders gefährlichen Schrämmaschine in einem Kohlensäuregebiet gefordert. Leider ließen sich diese Kollegen von der Grubenverwaltung schließlich immer mit dem Hinweis beruhigen, daß die Benutzung der Schrämmaschine in der 17. Abteilung bergpolizeilich genehmigt sei. Auch der christlich-reformistische Betriebsrat erhob zwar Vorstellungen, ließ sich aber jedoch ebenfalls von der Verwaltung beruhigen und trägt demzufolge mit Schuld an der Katastrophe.

Der Genosse W. führte an Hand der vielen Beispiele dann den Beweis, daß das Grubenkapital auf der Wenzeslausgrube in maßloser Profitgier versucht habe, die Produktion und insbesondere die Kopfleistung des einzelnen Bergarbeiters zu steigern, auch durch die Nichtbeachtung und teilweise durch Brechung der notwendigen Vorsichtsmaßregeln. Die nunmehr eingetretene Katastrophe sei das natürliche Resultat einer brutalen auf maßlose Gewinnsucht eingestellten Betriebsführung gewesen. Der Referent setzte dann auseinander, daß die Grubenverwaltung nicht nur für die Ursache der Katastrophe verantwortlich zu machen sei, sondern auch

für die geradezu skandalösen Zustände, die sich bei den Rettungsarbeiten

gezeigt haben. Die Rettungsarbeiten seien viel zu spät aufgenommen worden. Die Rettungskolonnen der benachbarten Gruben seien nicht sofort, nachdem sich das Unglück ereignete, alarmiert worden, sondern erst bedeutend später, so daß die Rettungsarbeit und Unterstützung durch auswärtige Rettungskolonnen erst stundenlang nach dem Unglück selbst einsetzte.

Dadurch ist der Umfang der Katastrophe und die Zahl der Opfer so gewaltig geworden.

Aus den Angaben der Rettungsleute habe sich ergeben, daß sowohl Gasmasken wie Sauerstoff in ungenügendem Maße vorhanden gewesen waren. Ein geradezu unerhörter Vorgang habe sich bei den Rettungsarbeiten abgespielt. Als die Rettungsmannschaften ihre Arbeit aufnehmen wollten,

rief ihnen der Berginspektor Tolksdorf zu: „Was wollt ihr blöden Hunde denn da?"

Die Kennzeichnung des Verhaltens dieses Berginspektors wurde von der Versammlung mit großer Empörung aufgenommen.

Ein Vorgang, der unglaublich erscheint, aber durch eine ganze Reihe von Zeugen als Tatsache bewiesen wurde, hat sich darin gezeigt, daß Schwerverletzte zum Teil nicht in Krankenwagen, sondern auf einem ungefederten Lastkraftwagen sieben Kilometer weit transportiert wurden.

Genosse Wollweber schilderte dann den Kampf der Kommunisten im Preußischen Landtag für eine erhöhte Grubensicherheit. Er behandelte die Anträge der Kommunisten, die eine Erhöhung der Grubensicherheit zum Ziele hatten und brandmarkte das Verhalten der Parteien von den Deutschnationalen bis einschließlich der SPD., die die kommunistischen Anträge in bezug auf Grubensicherung ständig abgelehnt hatten

und sich dadurch mitschuldig gemacht haben an der Katastrophe, die jetzt eingetreten ist.

Das Ergebnis der Versammlung war die Bildung einer kommunistischen Betriebszelle auf der Unglücksgrube. Außerdem wurde eine Anzahl Leser für die „Arbeiterpolitik", unsere hiesige Zeitung, geworben.

Die Verwaltung der Wenzeslausgrube kommandiert:

Antreten zum Gräber schaufeln...

E. W. Die einzige offizielle **Bekanntmachung, die auf der** Wenzeslausgrube angeschlagen ist, **heißt: „Zwecks Aushebung der Gräber werden für morgen folgende Leute bestimmt"** (es folgt dann eine **Reihe von Namen), und die Bekanntmachung** enthält dann noch folgendes: **„Vorstehend angeführte** Leute haben sich eine Viertelstunde vor der **angesetzten Zeit am** Kurt-Schacht einzufinden, wo das nötige Gezähe (Gerät) **abzuholen** ist."

Dieser ganz im Feldwebelton gehaltene Erlaß stellt eine unerhörte Provokation der Belegschaft dar. Noch sind mehr als 80 tote Bergarbeiter nicht geborgen. **Die einzige Arbeit, die außer den Bergungsversuchen in Angriff genommen werden soll, ist das Schaufeln der Gräber, in die die toten Bergkumpels versenkt werden sollen.** Für die Grubenverwaltung ist jetzt die einfachste Erledigung der grausamen Folgen des von ihr verschuldeten Unglücks das Ausheben der Gräber, das im Kommandoton angeordnet wird. Die Grubenverwaltung hat gerade die Bergarbeiter der 17. und 18. Abteilung, in denen sich die fürchterliche Katastrophe ereignete, die noch unter den Lebenden sind, ausgesucht zum Ausheben der Gräber.

Das ist bisher die einzige offizielle Bekanntmachung der Grubenverwaltung, die angeschlagen wurde. Sie hat nicht bekanntgemacht, wie sie für die Hinterbliebenen der toten Bergarbeiter zu sorgen gedenkt. Wie sie diese, eigentlich selbstverständliche Verpflichtung zu erfüllen beabsichtigt, dafür ein Beispiel: Unter Hunderten erbitterten Bergarbeitern und abgehärmten Frauen, die vor der Schachtanlage stehen, ist auch eine in Schwarz gekleidete Bergarbeiterfrau, die herzzerreißend weint. Auf Befragen erzählt sie: „Seit gestern abend, fast 24 Stunden, stehe ich hier — — mein Mann liegt unten, bei den Eingeschlossenen — — zu Hause sechs Kinder, die nichts zu essen haben — — vorige Woche hat er nur zwei Schichten gearbeitet und acht Mark nach Hause gebracht, sonst waren es auch immer nur vier Schichten." Einige immer noch Gutgläubige raten der Frau, bei der Grubenverwaltung vorzusprechen. Der Landjäger macht ihr den Weg frei zum Verwaltungsgebäude. Nach einer Viertelstunde kommt sie wieder. Weint. Ein Grubenbeamter hat ihr erklärt, daß die Verwaltung nichts geben könne, weil jetzt kein Geld da sei! Morgen solle sie nach Mölke (Sitz der Hauptverwaltung) kommen!

Und bis dahin? — — Kaum ist der Ernährer vom Grubenkapital gemordet, und schon gibt man Frau und Kinder dem direkten Verhungern preis! Für diese „Regelung" hat zwar die Verwaltung keine offizielle Bekanntmachung anschlagen lassen, das vollzieht sich nach den ungeschriebenen aber üblichen Gesetzen kapitalistischer Gaunerei.

*

Für die erschütternde Tragik in den vielen von der Katastrophe betroffenen Bergarbeiterfamilien einige Beispiele: Die Witwe Wolf, die vor vier Jahren genau an demselben Tage ihren Mann durch ein Grubenunglück verlor, mußte jetzt den Sohn hingeben. Die Bergarbeiterfrau Kroll verlor ihren ersten Mann durch seinen Beruf als Grubenarbeiter, jetzt gehört ihr zweiter Mann zu den Toten der Wenzeslausgrube. Die Familie Stiller hat den Vater und Sohn jetzt auf der Totenbahre. Bergarbeiter, Familienväter von vier bis sieben Kindern sind in großer Zahl unter den Gemordeten. In einem einzigen Bergarbeiterhaus sind neun Tote. Eine Gastwirtin, die auch ihren Mann auf der Grube verloren hat, klagt, daß fast ihre ganzen Gäste zu den Opfern gehören.

*

Auf der Straße stehen gruppenweise Bergarbeiter und sprechen über die Ursachen und Folgen der Katastrophe. Fast jeder weiß Fälle vorzutragen, wo in unglaublich leichtfertiger Weise, oftmals bei direkter Unterbrechung der bergpolizeilichen Vorschriften, gearbeitet werden mußte. Ein schamloses Antreibersystem. Ein Berghauer erzählt, daß er mit Verbauungsarbeiten gerade beschäftigt gewesen sei — und diese Arbeiten sind unbedingt notwendig zur Betriebssicherheit —, da habe ihm ein Hilfssteiger zugerufen: „Kohle schaffen, immer Kohle schaffen! Scheiß auf verbauen (!)." Ein Steiger gehört zu den Toten, die zuerst geborgen werden. Acht Tage vor seinem Tod erklärte er: „Wenn es mal hier unten zu einem Ausbruch kommt, dann bleibt von der ganzen 17. nichts übrig." Dieser Steiger, ein Aufseher also, er sah schon lange vorher, daß die unhaltbaren Zustände in der 17. Abteilung — — in der jetzt noch 83 Tote ungeborgen liegen — — unabwendbar zur Katastrophe führen mußten. Dem Steiger ahnte schon früher Schreckliches. Aber er, der wie alle seine Kollegen die Bergkumpels antreiben mußte, auch er wurde getrieben von der Peitsche des Grubenkapitals.

*

Es gibt in dem armen Bergarbeiterdorf auch eine Gräfin Pfeil. Sie selbst betreut den „Vaterländischen Frauenverein" — ihr Mann ist Stahlhelm-Führer. Sie wollte auch etwas zur „Linderung" des Unglücks „tun" — — und suchte deshalb die Verletzten auf. Als dann Bergarbeiterfrauen ihre verletzten Männer im Knappschaftslazarett besuchen wollten, da wurden sie zur Auskunftserteilung an die Gräfin Pfeil verwiesen. O ja — — die Gräfin „hilft"! Aber nicht den Bergarbeitern, sondern der Grubenverwaltung, indem sie versucht, die Bergarbeiterfrauen von ihren verletzten Männern fernzuhalten. Denn wenn die Frauen ihre vergifteten Männer sehen würden, könnten sie sich empören. Die Grubenverwaltung aber „wünscht" das nicht — — und die Gräfin tut deshalb ihre Pflicht!

Unter den Bergarbeitern der Unglücksgrube schwelt eine Haßstimmung, die ab und zu zum offenen Ausbruch kommt. Wenn z. B. Regierungsvertreter, Grubenbeamte, Pressevertreter der bürgerlichen und sozialdemokratischen Journaille sich neben ihrem feudalen Auto in der Mitte von Rettungsmannschaften, vor den Augen der erbitterten Masse, in Heldenpose photographieren lassen, dann macht sich der Haß Luft: „Schmeißt die Bande in den Schacht!" Bisher haben sie das nur gesagt ...

Klassenjustiz heißt:

Schutz des mordenden Grubenkapitals,
Kerker für rebellierende Arbeiter!
Gebt für den Verteidigungsfonds der Roten Hilfe!

Reichstag verhöhnt die Opfer

KPD.-Antrag auf sofortige Unterstützung der Hinterbliebenen abgelehnt
Heuchlerisches „Mitgefühl"

Berlin, 10. Juli. Zu Beginn der Donnerstagsitzung des Reichstages gedachte der Präsident Löbe der Opfer des furchtbaren Grubenunglücks in Hausdorf. Er bat den Reichstag um die Genehmigung, den Angehörigen das Mitgefühl des Reichstages auszusprechen. Sofort erhob sich Genosse Schröter, um dem Reichstag folgenden Antrag der kommunistischen Fraktion zur sofortigen Annahme vorzuschlagen:

„Die Reichsregierung wird ersucht, sofort den vorläufigen Betrag von 1 Million Mark bereitzustellen, um die Notlage der durch das furchtbare Grubenunglück auf der Wenzeslausgrube bei Neurode betroffenen Bergarbeiterfamilien zu lindern."

Präsident Löbe beantragte, daß dieser kommunistische Antrag erst am Schluß der Sitzung behandelt wird. Genosse Torgler erklärte sich nicht damit einverstanden, sondern forderte die sofortige Abstimmung. Den Bergarbeiterfamilien in Neurode sei nicht mit einem „warmen Mitgefühl" geholfen, sondern man müsse alles daran setzen, die grenzenlose Not sofort zu lindern. Genosse Torgler verlangte auch noch die sofortige Aussprache über das Grubenunglück.

Da erhob sich der Prälat Leicht, ein dicker, vollgefressener Pfaffe, um die Ueberweisung des kommunistischen Antrages an den Ausschuß zu beantragen. Die Kommunisten riefen laut in den Saal: „Ein gemeiner Heuchler!" Präsident Löbe erteilte dem Genossen Florin einen Ordnungsruf.

Es wurde abgestimmt. Die sofortige Beratung des kommunistischen Antrags, der zunächst nur die bescheidene Summe von einer Million verlangt, wurde von allen Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen unter Pfuirufen der Kommunisten niedergestimmt.

Bemerkenswert ist noch die besondere Heuchelei der Sozialdemokraten, die einen eigenen Antrag einbrachten, in dem „eine Unterstützung" für die Opfer des Grubenunglücks gefordert wird. Zu diesem Antrag wird aber keine bestimmte Summe zur Unterstützung verlangt. Das Schamloseste jedoch ist, daß die Sozialdemokraten nicht einmal die Abstimmung über ihren eigenen Antrag verlangten, sondern mit dem Vorschlag des Prälaten Leicht auf Ausschußüberweisung einverstanden waren.

Beileidstelegramme von KPD. und RGO.

mit dem gesamten revolutionären proletariat trauert das zentralkomitee der kpd. um die auf dem schlachtfeld der arbeit gemordeten kameraden. stop. den hinterbliebenen, denen der profitgierige kapitalismus die ernährer raubte, übermitteln tiefste anteilnahme. stop. arbeiterschaft unter führung der kpd. wird der verlust ihrer freunde aus revolutionärer kampffront ein ansporn sein, den unerbittlichen kampf gegen young-sklaverei und kapitalistische gesellschaftsordnung bis zu ihrem sturz zu führen und ihre gemordeten brüder zu rächen.

zentralkomitee der kpd.

reichskomitee der revolutionären gewerkschaftsopposition trauert mit der deutschen arbeiterschaft um die vom moloch kapital gemordeten proleten. stop. übersenden den hinterbliebenen der opfer und den überlebenden kameraden tiefstes beileid. stop. gemordete brüder mahnen proletariat zum verstärkten kampf gegen kapitalistische rationalisierung und hetzarbeit bis zum sturze des blutbefleckten kapitalistischen systems.

reichskomitee der revolutionären gewerkschaftsopposition.

Hegenscheidt-Belegschaft rüstet zum Kampf gegen Lohnabbau

Gleiwitz, 10. Juli. Am Donnerstag, dem 10. Juli, nachmittags, fand eine vom Arbeiterrat einberufene Belegschaftsversammlung der Drahtwerke Gleiwitz statt. In der Versammlung wurde Stellung genommen zu dem angekündigten Lohnabbau von 7½ Prozent und zu den Massenkündigungen. Der reformistische Betriebsratsvorsitzende, der bisher noch nichts unternommen hat, versuchte nun die Versammlung zu sabotieren, indem er im letzten Augenblick eine Belegschaftsversammlung an einem anderen Ort ansetzte. Die Verwaltung hatte die Schupo alarmiert. Von der RGO. sprach der Genosse Selbmann. Einstimmig wurde nachstehende Entschließung angenommen:

„Die vom Arbeiterrat einberufene Belegschaftsversammlung der E. S. S. Drahtwerke Gleiwitz nimmt zu der Lohnabbauoffensive der Unternehmer Stellung und lehnt entschieden jeden Lohnabbau ab. Die Belegschaft schließt sich den in der Entschließung der Belegschaft der Julienhütte aufgestellten Forderungen an:

1. **Siebenstundenschicht bei vollem Lohnausgleich.**
2. **Lohnerhöhung um 1,50 Mark pro Mann und Schicht.**
3. **Abbau aller Gehälter von über 500 Mark.**

Kein Betriebsrat darf über einen Abbau des Lohnes verhandeln. Kein Arbeiter darf den Revers unterschreiben. Gegen den Lohnabbau beschließt die Belegschaft die Organisierung des Streiks unter der Führung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition."

Die Belegschaft hat beschlossen, in der nächsten Versammlung sofort einen vorbereitenden Kampfausschuß zu wählen.

Streiks und Straßenkämpfe in Finnland

Sozialdemokraten stimmen für Terrorgesetze — Schweden weist finnische Kommunisten aus

Helsingfors, 10. Juli. In Ost- und Nordfinnland haben die Zusammenstöße zwischen der Arbeiterschaft und den Faschisten bereits zu heftigen Straßenkämpfen geführt. Die Regierung hat den Faschisten nach verschiedenen Städten starke Militärabteilungen zu Hilfe gesandt.

In der Stadt Kotka in Ostfinnland kam es anläßlich der Verhaftung von Kommunisten zu schweren Kämpfen zwischen den Arbeitern und der Polizei, die auf die Nachricht von den Verhaftungen hin die Arbeit niederlegten und Protestdemonstrationen abhielten. Am Mittwoch abend zog Militär in Kotka ein.

Im Industrieort Kyroe haben die Lappo-Leute ein kommunistisches Versammlungshaus in Brand gesteckt.

Im finnischen Reichstag wurde am Mittwoch die Regierungserklärung über die Verhaftung der kommunistischen Abgeordneten abgegeben. Svinhufvud begründete die Verhaftung damit, daß die Arbeiter- und Kleinbauernpartei die Nachfolgerin der Kommunistischen Partei Finnlands sei, die laut Gerichtsurteil des Jahres 1925 wegen Hochverrates und Staatsverrates aufgelöst wurde. Die Erklärung wurde mit 105 gegen 58 Stimmen durch Uebergang zur Tagesordnung angenommen und damit der Regierung das Vertrauen ausgesprochen.

Im Verfassungsausschuß des Reichstages haben sieben sozialdemokratische Abgeordnete für die Terrorgesetze gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung gestimmt. Nur drei enthalten sich der Stimme.

Aus Schweden werden Tatsachen bekannt, die das Zusammenarbeiten der schwedischen Bourgeoisie mit dem finnischen Faschismus beweisen. Fünfzig Kommunisten, die bei Tornes von Lappo-Leuten über die Grenze gejagt worden waren, ersuchten die schwedischen Behörden um die Erlaubnis zur Abhaltung einer Versammlung. Statt dessen kam der Befehl, die finnischen Kommunisten aus Schweden auszuweisen.

Republikschutzgesetz in Litauen

Kowno, 10. Juli. Wie an zuständiger Stelle verlautet, werden nach Rückkehr des Staatspräsidenten aus dem Ausland dem Ministerkabinett bereits im Projekt fertiggestellte Gesetze über Aufhebung des Kriegszustandes unterbreitet werden. An Stelle des Gesetzes über den Kriegszustand soll ein Gesetz zum Schutz der Republik treten.

Tagung der RGO. in Polnisch-Oberschlesien

Ueberfüllter Kongreßsaal — Glänzende Kampfstimmung — Polizei verhaftet 40 Delegierte

Warschau, 9. Juli. In Kattowitz fand der Kongreß der Revolutionären Gewerkschaftsopposition Polnisch-Oberschlesiens statt. Anwesend waren 250 Delegierte. Der Kongreßsaal war überfüllt, so daß über hundert Arbeiter keinen Einlaß mehr fanden. Die Delegierten waren Betriebsarbeiter, Mitglieder von Arbeitslosenkomitees, revolutionäre Betriebsräte und revolutionäre Gewerkschafter. An der Diskussion nahmen Delegierte teil, die Mitglieder der PPS. sind. Ferner waren Mitglieder der deutschen Sozialdemokratie und der Nationalen Arbeiterpartei anwesend.

Der Kongreß behandelte die Lage in Oberschlesien, die bevorstehenden Wirtschaftskämpfe und die weiteren Maßnahmen zum Ausbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Der Kongreß nahm eine scharfe Protestresolution gegen den Sozialfaschismus und Faschismus an.

An der Konferenz nahm auch eine Delegation der Warschauer und Dombrowaer Revolutionären Gewerkschaftsopposition teil.

Während der Kongreß das Komitee der Revolutionären Gewerkschaftsopposition Oberschlesiens wählte, drang die Polizei in den Kongreßsaal ein und jagte den Kongreß auseinander. 40 Teilnehmer wurden verhaftet.

Schreckensurteile

Sofia, 10. Juli. Ende Juni fällte das Philippopler Kreisgericht das Urteil im Prozesse der zehn Jungarbeiter, die auf Grund des Staatsschutzgesetzes als Mitglieder und Funktionäre des KJV. Bulgariens angeklagt waren. Zwei Jungarbeiter wurden zu je 12½ Jahren Kerker und je 275 000 Lewa Geldstrafe, drei zu je 6 Jahren Kerker und 160 000 Lewa verurteilt. Die anderen fünf wurden freigesprochen. Die Angeklagten empfingen das Urteil mit den Rufen: „Nieder mit der faschistischen Klassenjustiz! Es lebe die KJV. Bulgariens!"

★

Bukarest, 10. Juli. In Czernowitz wurden vier Arbeiter wegen Verbreitung von Flugblättern, bei von der polizeilichen Zensur freigegeben waren, verhaftet. Ein Arbeiter wurde zu drei Jahren schwerem Kerker und 80 000 Lei Geldstrafe, bei Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf acht Jahre verurteilt. Das furchtbare Urteil hat selbst in Juristenkreisen die größte Ueberraschung hervorgerufen.

Streik gegen Lohnabbau in der Tschechoslowakei

Mährisch-Ostrau, 10. Juli. In Friedeck sind 700 Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilfabrik A. Landsberger in Streik getreten, weil die Unternehmer eine zehnprozentige Lohnkürzung durchführen wollten. Den Streikenden schlossen sich 250 Arbeiter der Firma Munk an. Die Streikenden der zwei Betriebe zogen dann unter kommunistischer Führung vor die übrigen Betriebe und forderten die Arbeiter zur Arbeitsniederlegung auf. Zwei weitere Betriebe haben sich sofort geschlossen den Streikenden angeschlossen. Eine Versammlung forderte den allgemeinen Streik gegen den Lohnabbau. Mit der Ausschreitung der Streikfront ist zu rechnen.

In Leningrad ist die neungliedrige Delegation österreichischer Eisenbahner sowie drei Vertreter der australischen Gewerkschaften eingetroffen. Die letzteren werden an dem bevorstehenden 5. Kongreß der RGI. teilnehmen.

Auf zum Antikriegstag!

Frankreichs Rekordrüstung

Wieder 1126 Milliarden Kredite gefordert

Paris, 9. Juli. Die französische Regierung, die in diesem Jahr bekanntlich bereits 13 Milliarden Franken für Rüstungen verausgabt hat, fordert erneut Zusatzkredite in Höhe von 1126 Milliarden Franken, die dem Ausbau der schweren Artillerie und der Anschaffung von Tanks und Bombenflugzeugen sowie der Wiederauffüllung der Munitionslager dienen sollen. 650 Millionen Franken werden in Form eines Gesetzesvorschlages von der Kammer gefordert; den Rest will die Regierung bei der Beratung der Verabschiedung dieses Gesetzes anfordern.

Imperialistische Truppen gegen die Rote Armee in China

Schanghai, 10. Juli. Da es nunmehr klar ist, daß die Nanking-Regierung außerstande ist, die roten Truppen zu schlagen, greifen die ausländischen Mächte jetzt selbst aktiv in den Kampf gegen die roten Streitkräfte ein. Unzweifelhaft wird diese Wendung von Nanking freudig begrüßt.

Vor einigen Tagen hielten die Vertreter der in Hankau stationierten amerikanischen, englischen und japanischen Streitkräfte eine Konferenz zur Ausarbeitung eines Planes gemeinsamer Aktionen gegen die roten Truppenteile ab, die ihre Tätigkeit im Jangtse-Tale entfalten.

Die Zeitung „Shanghai Pao" schreibt: „Die bewaffnete Intervention der Imperialisten, ihre aktive Einmischung in den inneren Kampf Chinas ist der einzige ernste Feind der chinesischen Revolution."

Die roten Truppen entwickeln ihre Operationen nicht allein südlich, sondern auch nördlich des Jangtse-Flusses. Der Ort Kwayuh, 60 Meilen nördlich von Hankau, ist von roten Truppen besetzt worden und der Bahnkörper der Peiping—Hankau-Linie wurde von den roten Truppen zerstört. Damit ist die Verbindung zwischen der Front der Nanking-Truppen in Honan und ihren Stützpunkten unterbrochen.

Gleichzeitig finden Reisunruhen in Tschekiang statt; an den Grenzen der Provinzen Hunan, Kiangsi, Fukien und Kwantung finden hartnäckige Kämpfe statt.

Neue Unruhen in Aegypten

Sturm auf Polizeiwache — 15 Polizisten verletzt

Kairo, 10. Juli. Neue Unruhen haben sich anläßlich einer Demonstration gegen die ägyptische Regierung in dem im Nildelta gelegenen Orte Kanta ereignet. Eine große Menschenmenge stürmte eine Polizeiwache in Kanta und verletzte dabei 15 Polizisten. Nach dem Eintreffen von Verstärkungen wurden etwa 70 Verhaftungen vorgenommen.

Gesteigerte Papierfabrikation in der Sowjetunion

„Iswestija" teilt mit, daß in Balachin die Montage der neuen Papierfabrik beendet ist. Die Maschinen kamen zwei Monate früher an, als erwartet wurde, so daß die Montage und damit die Inbetriebnahme um dieselbe Zeit früher vonstatten gehen konnte. 85 Tonnen vom besten Papier sind zu Ehren des tagenden Parteitages produziert worden. Die Leningrader Papierfabriken haben im Juni 195 672 Tonnen Papier produziert, und damit den Plan um ein bedeutendes überschritten. el.

Copyright by Internationaler Arbeiterverlag, Berlin.

9. Fortsetzung.

Er verspürte etwas wie mütterliche Nähe und fing an, leise und herzlich zu sprechen: „Schwer hat es dein Sohn, sehr schwer. In Wirklichkeit ist er kein Koltschakist, trotzdem ist er ein Diener Koltschaks. Was bleibt deinem irrenden Sohn übrig? Er geht nach Moskau, um die Bolschewisten auszuheben, weil sie gegen das Volk sind, und dein Sohn liebt das Volk, für das Volk ging er in die Verbannung.

Und meine Frau . . . Anna . . . verließ mich, weil ich einen anderen Weg ging, nicht standhaft blieb: in der Zeit der Reaktion wandte ich mich von den Sozialdemokraten ab und schloß mich den Anarchisten an. Alles tat ich aus Liebe zum Volk. Dadurch verlor ich Anna, meinen guten Geist. Damals glaubte ich, daß man die ganze Welt niederreißen, alle Bourgeois vernichten müsse. Und woran glaube ich eigentlich jetzt?"

Die Alte auf dem Sofa begann unruhig zu werden. Sie warf verstohlene Blicke auf Iwan Petrowitsch, der im Zimmer auf und ab lief und zu einer Mutter sprach, die nicht da war. Sie fürchtete, daß der Leutnant, der nach Moskau gehen wollte, um die Bolschewistennester auszuheben, der zuerst Sozialdemokrat war und dann Anarchist wurde, nicht bei Sinnen war. Sie nahm sich zusammen und strickte eifrig drauflos und sah ihm, wenn er ihr im Gehen den Rücken wandte, mit großen Augen nach und zuckte die Achseln. Er schien ihr nicht ganz normal.

Iwan Petrowitsch bemerkte die Unruhe der Alten und fühlte sich plötzlich nicht sehr wohl in seiner Haut. Wie konnte er, ein erwachsener Mensch, hier herumlaufen und zu jemand sprechen, der ihn nicht hörte, nicht hören konnte. Er schämte sich vor der Alten, errötete, setzte sich neben sie und blickte ihr, wie um Verzeihung bittend, in die Augen.

„Ach, es ist sehr, sehr traurig, Mutterchen."

„Wie?"

„Es ist traurig, sage ich, tr—a—u—r—i—g."

„Traurig? Warum heiraten Sie nicht. Sie würden dann fröhlich werden. Ein Offizier wie Sie kann doch eine gute Frau bekommen und viel Geld."

„Nein, Mutterchen, nein", schrie er ihr ins Ohr. — „Ich werde nie mehr heiraten."

„Warum nicht? Sie sind jung und gesund."

„Gesund bin ich. Ach Mutterchen, wenn du wüßtest. Es gibt viel zu erzählen. Ich habe schon irgendwo einen fast erwachsenen Sohn. Wer weiß, wo er jetzt ist. Nikolai heißt er, Nikolai."

„Nikolai? Unser Gottgesalbter hieß auch Nikolai."

„Die Bolschewiki haben ihn ermordet."

„Wie? . . ."

„Die Bolschewiki haben ihn ermordet, sage ich."

Nein, das glaub ich nicht. Er ist nur geflohen, er geht im Volke um und sammelt die Kräfte unter dem Volk. Der liebe Gott wird nicht zulassen, daß Väterchen ermordet wird."

Iwan Petrowitschs Miene verfinsterte sich, und er schrie ihr ins Ohr: „Ermordet, Mütterchen, ermordet! Ihn, seinen Sohn und seine Töchter, alle haben sie ermordet!"

Er stand vom Sofa auf, blieb eine Weile stehen und ging dann langsam und nachdenklich aus dem Zimmer.

Er trat an seinen Schreibtisch, blätterte in dem offen liegenden Heft, tauchte energisch seinen Federhalter ins Tintenfaß ein und fing an zu schreiben.

„Januar, den . . . 1919.

Ich fühle, daß dies der Anfang vom Ende ist. Es ist möglich, daß ich bald irgendwo umkommen werde und mein Leichnam in den sibirischen Schneefeldern einfrieren wird, bis ihn die Raben auffressen werden. Es ist möglich, daß ich den Tschekisten in die Hände fallen werde, und sie mir die Nägel aus den Fingern reißen, die Glieder verrenken, das Haar vom Kopf reißen, aber ebenso ist es möglich, daß ich am Leben bleibe. Jedenfalls ist der heutige Tag der Anfang vom Ende. Das, was bis heute war, muß begraben werden, kein Schwanken mehr, kein Ueberlaufen mehr. Man muß sein Leben selber in die Hand nehmen, man muß ein ganzer, gesunder Mensch sein.

Anna hatte recht, ich bin ein Intell[illegible]ler wie er im Buche steht. Jetzt werde ich handeln. Ich [illegible] noch einmal alles über mich ergehen lassen, noch einmal am eigenen Leib die Grausamkeiten der Bolschewisienherrschaft spüren und mich mit dem ganzen Ekel vor ihnen vollsaugen. Und dann . . . dann werde ich endlich fest und sicher in meiner Ueberzeugung werden — vor allem werde ich . . ."

Er hielt inne und starrte auf das vollbeschriebene Blatt. Dann legte er die Feder fort, steckte sich eine Zigarette an und sagte mit lauter Stimme zu sich selbst: „Ja, was?"

Ja, was werde ich eigentlich?

Eine zeitlang blieb er wie erstarrt sitzen und grübelte darüber nach, was aus ihm werden sollte. Die Gedanken wirbelten durch seinen Kopf und er dachte sich die gewagtesten Kombinationen aus. Dort wird es sich schon zeigen.

Ein Gespräch mit dem Zarenbild

General Wassiltschikoff fühlte sich heute sehr matt.

Er war mit schmerzendem Kopf von der Konterspionage zurückgekehrt. Das Gespräch mit dem jungen Panoff hatte einen merkwürdig beunruhigenden Eindruck auf ihn gemacht.

„Wer weiß, wer dieser Panoff ist? Vielleicht ein Kommunist, der sich bei uns eingeschlichen hat. Aber wie war es ihm gelungen, den alten durchtriebenen Professor Stischepkin hinters Licht zu führen? Oder? Nein, das ist ganz ausgeschlossen. Sie alle sind uns treu ergeben. Generale von der alten Garde. Ich kenne sie ja alle persönlich."

„Vielleicht entsenden wir ihn nicht? Vielleicht ist es besser, der Sache nachzugehen und —". Er griff nach der Telephonmuschel. „Hallo, dort Konterspionage? Wer ist am Apparat? Ja. Schicken Sie sofort den Leutnant Popoff zu mir."

Er hängte wieder ein und drückte auf den Knopf.

In der Tür erschien eine alte grauhaarige Frau.

„Kann ich Kaffee mit Kognak haben? Aber recht viel Kognak. Ich glaube, ich habe Fieber. Ich habe mich sicher erkältet."

„Soll ich deine Temperatur messen?"

Sie ging auf ihn zu und strich mit ihrer verrunzelten Hand weich über seine Stirn. „Du bist krank, Grischa".

Sie sah ihn mit ihren feuchten Frauenaugen liebevoll an „Du mußt dich schonen, Grischa."

„Ich bin alt geworden, Maria."

(Fortsetzung folgt.)

Rund um den Erdball

Schmarotzer der Arbeitslosigkeit vor Gericht

Zuchthaus für SPD.-Arbeitsamtbonzen

Der Vorsitzende und acht Angestellte des Arbeitsamtes Mansfeld haben sich jahrelang an den Groschen der Arbeitslosen bereichert

Eisleben, 10. Juli. **Am Donnerstag vormittag wurde im Prozeß gegen den Vorsitzenden und gegen die acht Angestellten des Arbeitsamtes Mansfeld in Eisleben das Urteil gesprochen. Der ehemalige Vorsitzende des Arbeitsamtes, der sozialdemokratische Regierungsrat Winkler, wurde zu 2½ Jahren Gefängnis, 5000 Mark Geldstrafe und drei Jahren „Ehrverlust" verurteilt.**

Der Angestellte Reinicke erhielt drei Jahre Zuchthaus, 6000 Mark Geldstrafe und fünf Jahre „Ehrverlust". Der Angestellte Falkenhorst bekam zwei Jahre Zuchthaus und 6000 Mark Geldstrafe und drei Jahre „Ehrverlust". Der Angestellte Hampel kam mit einem Jahr drei Monaten Zuchthaus davon. Die übrigen fünf Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von einem bis vierzehn Monaten zudiktiert.

Den Angeklagten, zum allergrößten Teil stramme SPD.-Bonzen und fanatische Kommunistenfresser, wurde fortgesetzter Betrug, Amtsunterschlagung, Untreue, Begünstigung, Aktenvernichtung, Urkundenfälschungen und noch ein ganzer Rattenschwanz weiterer Vergehen zur Last gelegt.

Diese Zierden der SPD. konnten jahrelang ungehindert unberechtigte Vorschüsse erheben, buchmäßige Verschleierung von Fehlbeträgen, Fälschung von Ausgaben in den Listen, falsche Erwerbslosenanträge, Fälschung von Zahlkarten, unberechtigte Reisekostenzahlungen und Unterschlagung von Postbeträgen ausführen.

Dieser Prozeß zeigt wieder einmal mit krasser Deutlichkeit die hochgradige moralische Verlumpung und Korrumpiertheit der arbeiteraristokratischen Beamtenschicht der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Futterkrippenpolitiker und Karrieremacher vereinigten sich hier zu einer Riesendurchstecherei, um angesichts der tagtäglich an ihre Schalterfenster herantretenden entsetzlichen Massennot die „soziale Frage" für sich zu lösen.

Die deutsche Republik hat viele Arbeitsämter und es ist keine Uebertreibung, sondern eine statistische Feststellung, daß fast aus jedem Schalterfenster ein gutgenährter sozialdemokratischer Bonze den verhungernden Erwerbslosen „abfertigt". Wenn wir auch nicht beweisen können, daß jeder von ihnen sich betrügerisch an den Geldern, die den erwerbslosen Proleten — widerwillig und unzulänglich genug — zugewiesen werden, bereichert, so können wir aber mit Fug und Recht behaupten, daß die Kontrolle über diese selbstherrlich schaltenden und waltenden Banzen geradezu unverantwortlich lasch gehandhabt wird. Das Millionenheer der Erwerbslosen, denen man jetzt die Hungerunterstützung noch weiter beschneiden will, muß mit verdoppelter und verdreifachter Energie auch die staatliche Anerkennung der Erwerbslosenausschüsse zum Zwecke schärfster Kontrolle der Arbeitsämter erkämpfen.

Der Vesuv in Tätigkeit

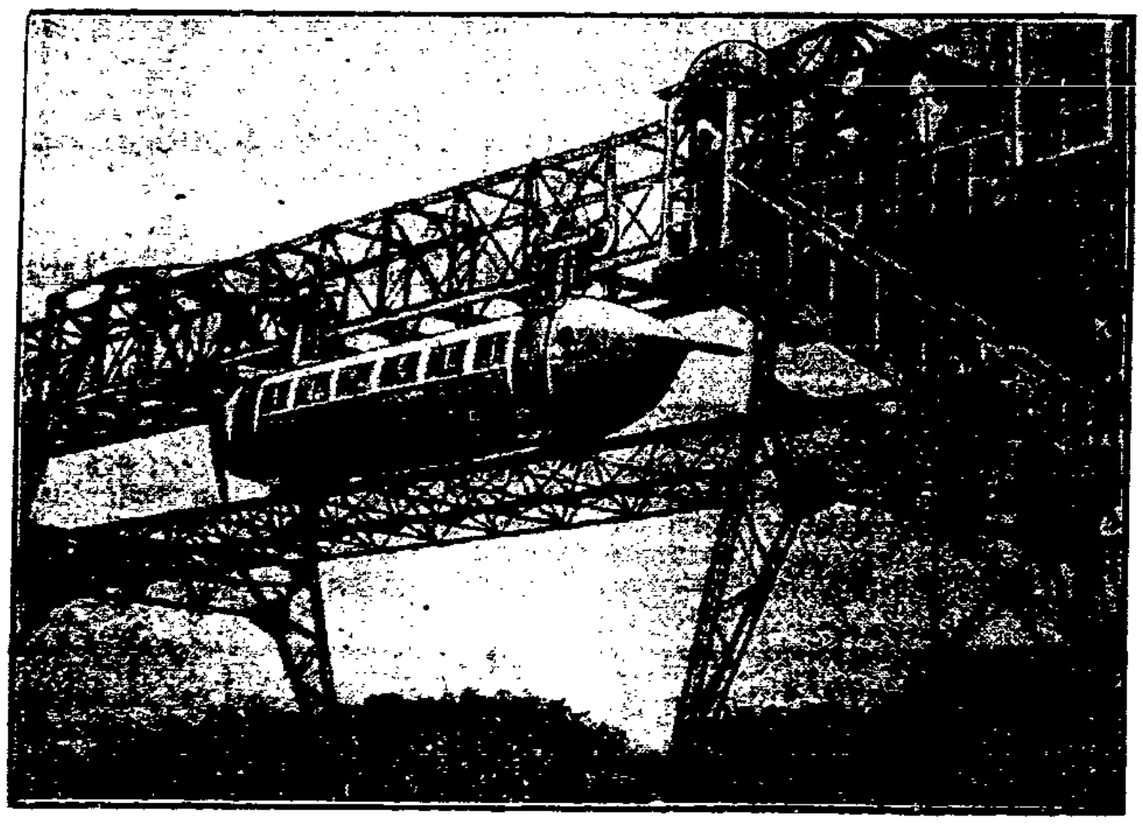
Die Auswurftätigkeit des Vesuvs dauert an. Die glühende Lava strömt kochend hervor, begleitet von Explosionen und ergießt sich in einer Fließbreite von 10 Meter und mit einer Geschwindigkeit von etwa 30 Millimeter in der Stunde.

Unwetterkatastrophe bei Trapezunt

Heftige Regengüsse richteten in der Gegend von Trapezunt ungeheuren Schaden an. Die Straßen von Trapezunt nach Erzerin wurden durch Ueberschwemmungen teilweise zerstört. Zwei Brücken, eine Mühle und zwei Häuser sind eingestürzt. Zwei Männer und eine Frau wurden von den Fluten fortgerissen und ertranken.

Erdbeben in Indien

Nach Meldungen aus Kalkutta wurden im Norden von Bengalen starke Erderschütterungen verspürt. Nach einem Bericht aus Dhubri soll ein Dorf, 18 Meilen von dieser Stadt entfernt, vollkommen von der Erdoberfläche verschwunden sein. Bisher sind 100 Erdstöße festgestellt.



250 km in der Stunde

Diese phantastische Geschwindigkeit erreicht eine bei Glasgow in Schottland neu erbaute Schwebebahn. Die torpedoförmigen Wagen haben Propellerantrieb und hängen mit ihrem Fahrgestell an einer Schiene, während die untere Schiene für Stromzuführung und Stabilisierung der Fahrt sorgt.

Von der verhetzten amerikanischen Spießermeute wieder

Fünf Negerproletarier gelyncht

Verbrannt — aufgehenkt — erschossen

Neuyork, 18. Juli. (Rote-Hilfe-Bericht.) **In dem Städtchen Emelle im amerikanischen Staate Alabama ist es, wie schon so oft in den letzten Jahren, wieder einmal zu einem scheußlichen Massenlynchmord an Negerproletariern gekommen.**

Während eines Streites zwischen Negern und Weißen soll ein Neger dem Weißen einen Schlag ins Gesicht gegeben haben. Sofort entstand ein Auflauf, in Verlauf dessen drei Neger in das Haus eines Freundes flüchteten. Die verhetzte Spießermeute belagerte stundenlang das Haus, um es dann in Brand zu stecken.

Zwei Neger fanden den Tod in den Flammen. Der Dritte, der versuchte, sich dem Feuertod durch die Flucht zu entziehen, wurde ergriffen und kurzerhand an einem Baum in der Nähe des brennenden Gebäudes aufgehenkt.

Die Polizei verhielt sich, wie immer, so auch in diesem Falle, vollkommen passiv. Ja, nicht nur das, sie beteiligte sich sogar aktiv an der weiteren Verfolgung der zu Tode geängstigten Negerbevölkerung des Städtchens Emelle! In der sich an diese wüste Lynchorgie anschließenden Jagd

erschoß die Polizei selbst zwei weitere Neger, darunter eine Frau.

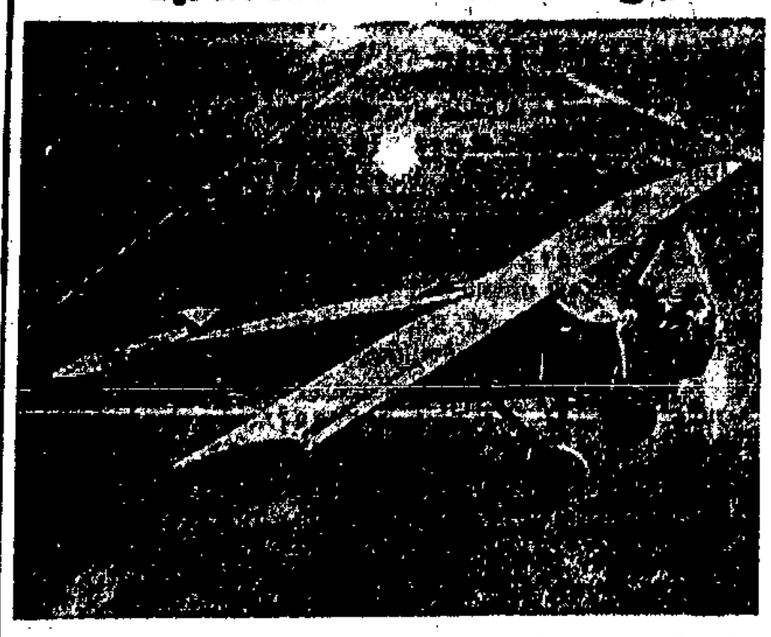
Zur Zeit durchsuchen Polizisten zu Pferde mit Hilfe der aufgehetzten amerikanischen Spießer die ganze Stadt.

Wie die klassenbewußte Arbeiterschaft Amerikas, gleich der Arbeiterschaft der ganzen Welt, diesen scheußlichen Rassenhaß, den die amerikanischen Kapitalisten bewußt großgezüchtet haben, bekämpft, zeigt folgendes Gedicht, mit dem ein amerikanischer Arbeiter seiner Empörung und seinem grenzenlosen Abscheu gegenüber dieser fürchterlichen Lynchseuche Ausdruck verleiht:

Amerikanisches Volksvergnügen

In dem Staate Mississippi, im Amerika-Land
Werden zwei Neger lebendig verbrannt.
Um den Scheiterhaufen, Männer, Kinder, Frauen,
Schnalzen mit der Zunge, lachen und schauen . . .
Es lachet Menschenfett, es dampfet Menschenfleisch,
Es ertönet entsetztes Muttergekreisch.
Um Scheiterhaufen Lehrer, Gemeinderäte, Pfaffen,
Grinsen, rauchen Zigarren und gaffen . . .
Schreien und Wehklagen erschüttert die Luft.
Gierig saugen Menschen Menschenbratenduft.
Der eine sagt einen Witz, der andere ein spaßiges Wort,
Es freut sich ein jeder am grausigen Sport . . .
Die Kleinen werden von Müttern in die Höhe gehoben
(Das Schlachtfeld sieht man besser von oben).
Früh lernen die Kinder in „Gottes eignem Land"
Lachend zuseh'n der weißen Schand . . .
„Gleichheit und Gerechtigkeit für alle",
Schwören sie im Scoutcamp, in der Schulhalle.
Schon an ihrer Laufbahn Wiege
Wird zur Mordlust eingeprägt die Lüge . . .
Als Freiheitsmissionare nach China entsandt
Verbreiten sie „Kultur" mit der Waffe in der Hand
Gegen Schwarze die Brandfackel, gegen Gelbe das Gewehr,
Und alles „zu Amerikas größerer Ehr".

Reparaturen im Fluge



Von dem Dauerflugrekord der amerikanischen Brüder Hunter, die bekanntlich mehr als drei Wochen in der Luft geblieben waren, gelangen jetzt die ersten Originalaufnahmen nach Europa. Der Flug war durchaus nicht einfach. Wenn am Motor ein Defekt auftrat, mußten die Flieger herausklettern und die Reparaturen in schwindelnder Höhe bei voller Fahrt ausführen. Unser Bild zeigt einen der Brüder Hunter beim Auswechseln einer Zündkerze.

Ungeheure Hitze in Mittelasien und Amerika

Nach Moskauer Meldungen herrscht in Mittelasien zur Zeit eine ungewöhnliche Hitze, die eine außerordentlich gesteigerte Gletscherschmelze hervorgerufen hat. Der Wasserstand der Flüsse steigt von Stunde zu Stunde. Der Dampferverkehr mußte überall eingestellt werden.

Auch Amerika leidet zur Zeit unter einer unerträglich heißen Temperatur. In Chikago und Umgebung wurden bis über 42 Grad Celsius gemessen. Zwölf Personen wurden allein in den letzten beiden Tagen vom Hitzschlag betroffen.

Flugzeugunglück in Holland

Ein französisches Passagierflugzeug mußte in der Nähe von Aalsmeer eine Notlandung vornehmen. Die Maschine überschlug sich und wurde schwer beschädigt. Dabei fand ein Mechaniker den Tod, während der Führer und der Bordfunker schwer verletzt wurden.

Vier Tote bei einem Hauseinsturz

Nach Meldungen aus Madrid wurden bei dem Einsturz eines Hauses in Guadalajar vier Bewohner getötet und vier schwer verletzt.

Ein Kino mit 6000 Plätzen

Die amerikanische Filmgesellschaft Paramount plant den Bau eines Wolkenkratzers von 72 Stockwerken auf dem Neuyorker Broadway. Unter anderem soll in diesem Riesengebäude ein Kinotheater mit nicht weniger als 6000 Plätzen eingerichtet werden.

Ein Riesenlautsprecher

Nicht weniger als 20 Kilometer weit ist dieser hier abgebildete Gigant unter den Lautsprechern zu hören. Wie von den Siemens-Werken, die diesen Lautsprecher konstruiert haben, glaubhaft versichert wird, soll er bei einer klangreinen Wiedergabe eine Lautstärke besitzen, die der eines Orchesters von 2000 Mann entspricht. Dieser Riese der Radiotechnik wird mit einem Strom von 120 Ampère gespeist. Seine Membrane führt Schwingungen bis zu 20 Millimeter Breite aus. In erster Linie soll er zur Sprachübermittlung von Großflugzeugen und Luftschiffen zur Erde dienen, ferner bei ganz großen Sportveranstaltungen, Massenversammlungen usw. zur Anwendung gelangen.

Breslau

Gottes Wille?!

Wir fahren langsam durch das Menschengewühl, entsetzlich gellen die verzweifelten Schreie der Hinterbliebenen, die den Weg nach Hause nicht mehr finden können ... Den einfahrenden Rettungsmannschaften bot sich ein Bild grausigster Verwüstung und Zerstörung. Die Opfer lagen wie gesät zumeist völlig unter den Trümmern begraben.

So schreibt die katholische „Schlesische Volkszeitung" gestern über den Neuroder Massenmord an Arbeitern. Ratlos steht sie da. Das einzige, was sie zu sagen weiß, ist ein Appell an die „Mildtätigkeit" derer, die mit ihrer Klasse die Mörder der 152 sind.

Das ist alles. Wenig für diejenigen, die behaupten, alles Weltgeschehen verlaufe nach dem wohlerwogenen Willen Gottes. Warum bringt die „Volkszeitung" angesichts der verglasten 150 Augenpaare, angesichts der Verzweiflung vieler Hunderter Hinterbliebener nicht den Mut auf, zu sagen, der grausige Massentod unter der Erde, das namenlose Elend der ihrer Väter, Männer, Söhne Beraubten sei Gottes ausdrücklicher Wille? Man würde den Pharisäern in ihr heuchlerisches Gesicht spucken! Man würde, noch geschüttelt von dem Entsetzen, das die Nachricht von dem furchtbaren Massensterben hervorrief, diesem Gott fluchen, der solch Gräßliches geschehen läßt, obwohl er doch allmächtig sein soll, es zu verhindern.

Die „Volkszeitung" wage es, im Angesicht der noch frischen Särge, ihre Lüge von ihrem Gott der Liebe, dem es zu vertrauen gilt, aufzutischen. Wir werden dann das Papier nehmen und zu den Neuroder Kumpels, zu allen vom Tode des profitgierigen Kapitals Bedrohten gehen und sie fragen, ob sie noch weiter diesem Gott vertrauen wollen. Wir zweifeln nicht, daß dann an Stelle demütiger, resignierender Kirchenlieder den Frömmlingen tausendfältig die Erkenntnis ins falsche Gesicht geschrien werden wird:

Es rettet uns kein höheres Wesen,
Kein Gott, kein Kaiser noch Tribun!
Uns aus dem Elend zu erlösen,
Können wir nur selber tun! —as.

Die täglichen Selbstmorde

Die seit dem 5. Juli als vermißt gemeldete Bahnhofswirtin Anna Köhler, zuletzt in Obernigk wohnhaft gewesen, wurde in einem Walde bei Obernigk erhängt aufgefunden.

Die 62jährige Hausmeisterin Pauline P., Lothringer Straße wohnhaft, wurde gestern in ihrer Wohnung gasvergiftet bewußtlos aufgefunden. Ein Krankenwagen der Feuerwehr schaffte sie nach dem Krankenhaus. Auf dem Transport verstarb jedoch die Frau. Bisher konnte noch nicht festgestellt werden, ob Unfall oder Selbstmord vorliegt.

Einen Selbstmordversuch unternahm gestern abend die 20jährige Hausangestellte Martha F., die hier auf Besuch weilte, indem sie von der Dombrücke in die Oder springen wollte. Passanten hinderten sie noch rechtzeitig daran.

Schwerer Motorradunfall auf der Frankfurter Straße

Diese Nacht gegen 0.15 Uhr fuhr der Motorradfahrer Walter Strojny, Katzbachstraße 6 wohnhaft, in scharfem Tempo mit seinem Motorrade die Frankfurter Straße entlang. An der Bahnunterführung am Schlachthof wollte Strojny einen Kraftomnibus überholen, konnte aber infolge des scharfen Tempos die Kurve nicht mehr richtig fahren. Er verlor infolgedessen die Gewalt über das Motorrad und fuhr über den Bürgersteig. Der Motorradfahrer sowie sein Sozius, der Zimmermann Adolf Pfeiffer, der noch ein Fahrrad auf der Schulter trug (!), wurden gegen die Brückenwand geschleudert und blieben bewußtlos liegen. Mit schweren inneren Verletzungen wurden beide in das Krankenhaus geschafft, wo sie noch vernehmungsunfähig sind.

Polizei gegen antifaschistische Arbeiter

Gestern abend fand im Schießwerder eine Versammlung der Naziotischen Mordpartei statt. Antifaschistische Arbeiter, die sich spontan vor dem Versammlungslokal sammelten und den Faschisten zum Trotz die Internationale sangen, wurden von der Polizei auseinandergeknüppelt.

Heute Platzkonzerte

Freitag, den 11. Juli, 19 Uhr, Platzkonzert der IAH. am Laurentiusplatz für die Mansfelder Streikenden.

Freitag, 19 Uhr, am Zobtenplatz. Alles heraus zur Werbeaktion für die Rote Hilfe.

Nach Militsch

Am 3. August Grenztreffen in Militsch. Stadtteil West fährt mit zwei Lastzügen, Fahrpreis pro Person 1,70 Mark. Fahrkarten im „Anglerheim", Leuthenstraße 72, zu haben. Dortselbst alles Nähere.

Die Genossen der Partei und befreundeten Organisationen von Scheitnig fahren mit einem guten Auto zum Preise von 2 Mark zum Grenztreffen nach Militsch. Fahrkarten bei allen Funktionären des Stadtteils.

Jugend-Unterbezirkskonferenz Breslau

Sonnabend, den 12., und Sonntag, den 13. Juli, in Breslau im Lokal „Gelber Löwe", Oderstraße 23. Alle Parteiortsgruppen aus dem UB. Breslau und Ohlau schicken einen Vertreter.

Rote-Hilfe-Demonstration im Westen

Sonnabend 19 Uhr Demonstration für die politischen Gefangenen. Antreten am Westpark. — Sonntag Haus- und Hofpropaganda. Antreten 9 Uhr im „Anglerheim", Leuthenstraße. Alle Partei- und Rote-Hilfe-Genossen erscheinen.

Die Feuerwehr im Juni. Im Monat Juni ist die Feuerwehr 90mal ausgerückt, und zwar zu 2 Großfeuern, 3 Mittelfeuern, 30 Kleinfeuern, 2 Landfeuern, 19mal zu blindem Alarm, zweimal zu böswilligem Alarm, zu 5 Wasserschäden und 27 anderweitigen Hilfeleistungen. Die Krankenwagen sind in der Stadt zu Unfällen 197mal, zur Krankenbeförderung 656mal, nach außerhalb 10mal ausgerückt. In diesen 863 Fahrten sind zusammen 6752 Kilometer zurückgelegt worden. Die Unfallwachen sind 290mal in Anspruch genommen worden.

Breslauer Straßenbahner für die streikenden Mansfelder Kumpels

Die Sammlungen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition für die Mansfelder Arbeiter hatten bei der Breslauer Straßenbahn, Technische Abteilung, folgendes vorläufiges Ergebnis:

Werkstatt V, Frankfurter Straße, 30 Mark; Gleisbau 10 Mark.

Die Sammlungen werden fortgesetzt.

Das Ergebnis beweist, daß es bei der Straßenbahn vorwärts geht trotz aller Sabotage der Reformisten und Renegaten. Der Betriebsratsvorsitzende Strachotta, angeblich ehemaliger „Revolutionär", droht jetzt schon damit,

die revolutionären Betriebsräte auf Grund der Paragraphen des Betriebsrätegesetzes mundtot machen zu wollen.

Es wird ihm aber nicht gelingen. Kollegen! Stärkt weiter die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition und rüstet schon heute für den bevorstehenden Lohnkampf.

Berichte in der „A.-Z." Exmissionsgrund

Ein Neueweltgasse 14 wohnender Leser unserer Zeitung, der „beschuldigt" wird, über seine Hauswirtin Valeska Riedel einen Bericht in der „Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht zu haben, wurde in erster Linie wegen dieses Berichtes auf Räumung verklagt, die auch durch das Gericht ausgesprochen wurde. Wir lassen aus der Urteilsbegründung eine bezeichnende Stelle folgen:

„Bezüglich der Belästigungen kam das Gericht zu der Ueberzeugung, daß das unleidliche Verhältnis zwischen den Parteien von beiden Seiten verursacht worden ist. Wenn die Klägerin an Gerichtsstelle über die Beklagten äußert, sie könnten ihr leid tun, weil sie so tief stehen (!), kann sie von den Beklagten auch keine besonders zuvorkommende Behandlung erwarten. Es geht allerdings über das Schutzbedürfnis der Beklagten hinaus, wenn der Ehemann über Verhältnisse, die die Oeffentlichkeit eigentlich nichts angehen (?), Zeitungsartikel gegen die Klägerin veranlaßt, in denen diese herabgewürdigt wird. Daß durch diese Artikel besondere Belästigungen der Klägerin verursacht worden sind, ist nicht dargetan, doch wurde der Klägerin geglaubt, daß sie wegen dieser Artikel in Furcht vor tätlichen Angriffen lebt (??). Wenngleich in den Zeitungsartikeln eine Belästigung der Klägerin zu erblicken ist, so bilden sie doch keinen Aufhebungsgrund im Sinne des § 2 des Mieterschutzgesetzes. Wohl aber erschien es unter Berücksichtigung der gesamten Sachlage und der Tatsache, daß die Beklagten selbst Wert darauf legen, die Wohnung verlassen zu dürfen, nicht unbillig, den Beklagten den Ersatzraum aus § 6 Absatz 1 des Mieterschutzgesetzes zu versagen! Eine Trennung der Parteien erscheint unbedingt erforderlich."

Abgesehen davon, daß jeder Satz dieser „Begründung" zu dem Vorhergehenden in Widerspruch steht, heißt das, daß die noch nicht einmal nachgewiesene Kennzeichnung der Hochnäsigkeit der Valeska, „unter der ein Arbeiter zu tief steht", in der „Arbeiter-Zeitung" Grund zur Wohnungsexmission ist. Das Register der Klassenjustiz ist um einen neuen Fall reicher.

Die neuen Polizeimeldevorschriften

Am 1. Juli sind neue Meldevorschriften in Kraft getreten, von denen man kaum behaupten kann, daß sie eine Vereinfachung bedeuten. Ihre Einzelheiten sind folgende:

Meldebehörde ist die Polizeibehörde. Meldestellen sind in allen Fällen außer für die Meldung von Fremden, die in Gast- oder Schankwirtschaften wohnen, die für die jeweilige Wohnung zuständigen Polizeireviere. Die Meldungen von Fremden durch die Gasthofsbesitzer pp. erfolgt bei den näher bezeichneten Dienststellen des Polizeipräsidiums. Persönlich und mündlich haben sich nur solche Personen anzumelden, die, ohne einen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt zu besitzen, von Ort zu Ort ziehen.

Personen, die hier ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt — länger als drei Monate — nehmen, haben sich unter Vorlegung eines Abmeldescheines der Meldebehörde ihres letzten Wohnorts binnen einer Woche nach dem Zuzuge unter Vorlage von drei Stück leserlich und vollständig ausgefüllter, von ihnen mit Unterschrift versehener Anmeldeformulare — a) weiß — anzumelden. Diese Anmeldescheine müssen in allen Fällen gleichzeitig die Unterschrift des Hauswirts oder seines Beauftragten, dessen Name vom Hauswirt der Meldestelle schriftlich bekanntzugeben ist, aufweisen.

Innerhalb derselben Zeit und unter Verwendung von ebenfalls drei Stück der vorgeschriebenen Formulare — b) grün bzw. c) orange — erfolgen die Abmeldungen beim Verzuge nach auswärts bzw. die Ummeldungen beim Wohnungswechsel innerhalb der Stadt. Letztere haben bei dem für die neue Wohnung zuständigen Polizeirevier zu erfolgen.

Ueber jede erfolgte An-, Ab- und Ummeldung ist dem Meldepflichtigen von der Meldestelle ein Meldeschein zu erteilen. Als solcher gilt das dritte Stück der vorzulegenden Meldeformulare nach Abstempelung.

Personen, die als Fremde zu vorübergehendem Aufenthalt in Gasthäusern und Hotels Wohnung nehmen, sind von dem Wohnungsgeber nach ihrem Eintreffen alsbald, spätestens aber bis 6 Uhr morgens, mittels Fremdenmeldeformulars — hellrot — in einfacher Ausfertigung zu melden. Der Meldeschein ist von dem Wohnungsgeber zu unterschreiben.

Wer sonst Personen zu vorübergehendem Aufenthalt gegen Entgelt Wohnung gewährt, z. B. in nicht schankkonzessionierten Pensionen, Fremdenheimen oder in möblierten und unmöblierten Zimmern, hat diese Personen mittels des gleichen Formulars — d) — in einfacher Ausfertigung binnen 24 Stunden nach ihrem Eintreffen beim zuständigen Polizeirevier anzumelden (kleiner Meldeschein).

Uebersteigt der Aufenthalt in Gasthäusern, Hotels, Pensionen, möblierten oder unmöblierten Zimmern die Dauer von drei Monaten, so hat sich der Wohnungsnehmer binnen einer Woche nach Ablauf der dreimonatigen Frist mittels Anmeldeformulars a) in dreifacher Ausfertigung — großer Meldeschein — bei dem zuständigen Polizeirevier nochmals selbst anzumelden und beim Verzuge in gleicher Weise abzumelden bzw. umzumelden. — Gastwirte, Herbergen, Pensionate, Fremdenheime oder sonstige der gewerbsmäßigen Beherbung von Fremden dienende Einrichtungen müssen weiter ein Fremdenbuch nach Formular führen.

Besuch — d. h. vorübergehende Aufnahme ohne Entgelt — ist binnen einer Woche nach der Aufnahme durch den Wohnungsgeber mittels Formulars a) — weiß — in dreifacher Ausfertigung an- bzw. binnen einer Woche nach dem Verzuge abzumelden — Formular b) — grün —, wenn der Fremde im Inlande seinen bisherigen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt — über drei Monate — aufgegeben hat oder seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Auslande besitzt.

Andernfalls, d. h. wenn der Fremde seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt an einem anderen Orte im Inlande beibehalten hat, braucht er sich erst anzumelden, wenn der Besuchsaufenthalt länger als drei Monate dauert.

Personen, die, ohne einen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt zu besitzen, von Ort zu Ort ziehen, sind verpflichtet, sich bei längerer als zweitägiger Aufenthaltsdauer persönlich bei dem zuständigen Polizeirevier zu melden. Sie erhalten einen besonderen Anmeldeschein nach Muster h). In Betracht kommen hierbei umherziehende Personen, die in Wohnungen, Zelten, Wohnwagen usw. nächtigen, z. B. Schausteller usw.

Ausländer und staatenlose Personen unterliegen den gleichen Meldevorschriften wie die Inländer. Ebenso sind solche Personen von dem Wohnungsgeber rechtzeitig anzumelden, wenn sie vorübergehend in einem Fremdenpensionat, einem Fremdenheim, in möblierten oder unmöblierten Zimmern gegen Entgelt Wohnung nehmen.

Zuwiderhandlungen gegen die Meldevorschriften werden mit Geldstrafe bis 150 Mark bzw. entsprechender Haft bestraft.

Achtung!

Unterbezirks- u. Ortsgruppen-Leiter

Nehmt sofort Stellung zum 1. und 3. August

Arbeitet schnellstens einen Arbeitsplan aus!

Die Anweisungen sind durch Rundschreiben allen Ortsgrupp. u. U.-B.-Leitungen zugestellt

Bezirksleitung

Explosion in einem Drogengroßgeschäft. Gestern vormittag explodierte in der Drogengroßhandlung von Reichelt am Sonnenplatz ein Ballon Schwefelkohlenstoff. Es entstand Aetzschaden. Personen wurden nicht verletzt.

Steuerhinterziehungen. Wie das Finanzamt Breslau-Land mitteilt, sind von ihm in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni gegen fünfzehn Steuerpflichtige wegen Vergehens gegen die verschiedenen Steuergesetze Geldstrafen in Höhe von zusammen 2287 Mark verfügt worden. Hierzu kommen noch die Nachsteuern.

Sprechstunden im Kleingartenamte, Breite Straße 25, Zimmer 18, bis auf weiteres Dienstag, Freitag und Sonnabend, 10 bis 15 Uhr. An den übrigen Tagen ist das Kleingartenamt für den Publikumsverkehr mit Ausnahme von besonders dringenden Fällen geschlossen.

Mit dem Stadtteil Nord nach Hundsfeld. Alle Partei- und Jugendgenossen treffen sich am Sonntagmorgen um 7 Uhr am Weißenburger Platz zum Abmarsch zur Kundgebung in Hundsfeld. Rückmarsch erfolgt um 12 Uhr. Auch die Mitglieder der Roten Hilfe, RFMB., die Leser der „A.-Z." werden ersucht, rechtzeitig zu erscheinen.

Der Arbeiter-Musik- und Theater-Verein „Freiheit" veranstaltet am Sonntag in Oswitz, Lokal Knoblich („Paradies"), ein großes Kinderfest, verbunden mit diversen Ueberraschungen. Abmarsch 14 Uhr vom Neumarkt mit Musik. Um rege Beteiligung wird ersucht.

Arbeiterfrauen von Breslau-Süd! Freitag 20 Uhr, findet eine öffentliche Versammlung statt, in der zu Fragen Stellung genommen wird, die für euch von besonderem Interesse sind. Besucht zahlreich diese Versammlung. Lokal Funke, Zobtenstr. 12.

Mittelschlesien

Kampf dem Faschismus!

Unter dieser Parole ruft die KPD., Ortsgruppe Brieg, zu einer Massenkundgebung am Sonnabend, 18 Uhr, auf dem Ring die Proletarier zusammen. Arbeiter, erscheint in Massen!

Werbemarsch nach Zweibrodt

Sonnabend, 17,30 Uhr, Abmarsch des Stadtteils Süd nach Zweibrodt. Die Genossen und Genossinnen werden aufgefordert, pünktlich zu erscheinen. Die Genossen der anderen Stadtteile, soweit sie frei sind, werden um Teilnahme ersucht. Treffpunkt Gräbschener-, Ecke Friedrichstraße.

Rundfunk-Programm

Freitag, 11. Juli.

16.00: Fünf Minuten für die Hausfrau. Christa Niesel-Lessenthin: Warum lachen Sie eigentlich?
16.30: Leipzig: Mendelssohn-Nachmittag. Leipziger Sinfonie-Orch.
17.30: Kinderzeitung: Ferienberichte.
18.00: Dir. G. Hallama: Wanderungen im Isergebirge.
18.15: Landgerichtsrat Dr. Kohn: Rechtsfälle des täglichen Lebens.
18.40: Englisch für Anfänger.
19.05: Abendmusik. Laufen: Durch Nacht zum Licht. — Gungl: Klänge aus der Heimat. — Rick: Boston-Intermezzo. — Gabriel-Marie: La Cinquantaine. — Lumbye: Traumbilder. — Braga: La Serenata. — Herold: Fantasie aus „Zampa". — Delibes: Valse aus „Naila". — Fetras: Carmen-Marsch.
20.05: Martin Horwitz: Steuer und Wirtschaft.
20.30: Lady Windermere's Fächer. Komödie von O. Wilde.
22.30: Reichskurzschrift. Wiederholungs- und Diktatstunde.

Sonnabend, 12. Juli.

16.00: Bücherstunde. Reiselektüre.
16.30: Dresden: Nachmittagskonzert.
17.40: Herb. Bahlinger, Gad M. Lippmann: Filme der Woche.
18.10: Zehn Minuten Esperanto.
18.20: Dr. Werner Milch: Literaten zanken sich.
18.40: Dr. Stumpff: Das Leben auf anderen Welten.
19.00: Dr. Stumpff: Himmelsbeobachtungen im Juli.
19.05: Abendmusik. Alte Tänze. Schallplatten.
20.05: Reg.-Rat Matzker: Jugendpflege und Jugendbewegung in Niederschlesien.
20.30: Berlin: Das Funkhaus in Berlin. Ein beweglicher Sonnabend-Abend
22.35: Berlin: Tanzmusik. Kapelle Robert Gaden.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Schneller, Berlin; für den Provinzteil (außer Oberschlesien) Rudolf Brandt, Breslau; für Oberschlesien Fritz Jendrosch, Gleiwitz. Für Inserate: Karl Sandvoß, Breslau

Waldenburger Bergland

Heraus zum Protest gegen den Bergarbeitermord!

Werktätige, Kumpels vom Waldenburger Revier! Am kommenden Sonntag, dem 13. Juli, tagt in Waldenburg die

Bergarbeiterkonferenz

der Revolutionären Gewerkschaftsopposition. Sie muß ein Auftakt zum verschärften Kampf gegen das profithungrige Grubenkapital werden. Am gleichen Tage soll eine

Massendemonstration

gegen den Bergarbeitermord und den Unternehmerterror, für sofortige Unterstützung der Hinterbliebenen der Grubenopfer, für Erhöhung der Löhne, erhöhte Betriebssicherheit, Einführung des Siebenstundentages und der Sechsstundenschicht unter Tage durchgeführt werden.

Die Tagung der revolutionären Bergarbeiter beginnt um 9 Uhr im Gasthaus zum „Edelstein" in Waldenburg. — Antreten zur Massendemonstration 10.15 Uhr Friedländer Chaussee, am Hauptsammelplatz. Abmarsch 10.30 Uhr. Die Ortszüge müssen ihren Abmarsch dementsprechend festsetzen und im Orte bekanntgeben.

KPD., Unterbezirk Waldenburg. Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition, Industriegruppe Bergbau.

Hungeretat durchgepeitscht

Die in der vorigen Woche stattgefundene Sitzung der Stadtverordneten hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß noch nie in der Nachkriegszeit die Interessen der breiten Massen so mit Füßen getreten worden sind als zu einer Zeit, wo die Sozialdemokraten den stärksten Einfluß ausüben. Eine Tagesordnung von 10 Punkten einschließlich der ganzen Etatsberatung wurde in 2¾ Stunden durchgepeitscht. Kein einziger Sonderetat wurde für sich zur Abstimmung gestellt, auch nicht ein einziger Antrag zur Abänderung zugelassen, sondern der Etat in seiner Gesamtheit zur Abstimmung gestellt. Einigkeit bestand in allen Fraktionen außer KPD. darüber, daß der Etat eine Glanzleistung in bezug auf

Drosselung aller sozialen Ausgaben

darstellt. Dieselbe Einmütigkeit bestand unter diesen Fraktionen über den vom Staatskommissar Schubert aufgestellten Grundsatz, „daß es erst der Industrie gut gehen müsse und darum gespart und noch einmal gespart werden muß, ehe an eine Besserung für die breiten Massen herangegangen werden kann". Wir werden zu dem arbeiterfeindlichen Etat noch ausführlich Stellung nehmen.

Wieder ein Kumpel verletzt

Im Betrieb des Juliusschachts wurde der Schlepper Richard Ehrlich aus Weißstein zwischen Benzollokomotive und Wand gedrückt. Er erlitt eine schwere Beckenquetschung.

Oberes Revier

SPD.-Demagogen

Vergangene Woche erschien in der Dreckwacht ein Artikel, der unsere bisher geleistete Arbeit im Gemeindeparlament Rothenbach verunglimpfen sollte. Der Dreckwachtberichterstatter Ihmann jun. schimpfte u. a. über unseren Genossen Hoffmann, welcher der Gehaltserhöhung für den Angestellten der Gemeinde, Peisker, zugestimmt hatte. Dazu folgendes: Peisker erhält ein Gehalt(verheiratet) von monatlich 153 Mark. Hiervon werden noch die verschiedenen Abzüge gemacht. Selbstverständlich kann dieser Mann noch lange nicht so ein Leben führen wie gerade die sozialfaschistischen Bonzen. Der SPD.-Fraktionsführer Geisler setzte sich aufs hohe Pferd und schwang radikale Phrasen. Als nun unser Genosse Hoffmann bescheiden die Höhe des Gehaltes des Gemeindevorsteheranwärters Ihmann sen. andeutete, geriet die gesamte SPD.-Fraktion aus dem Häuschen und schnatterte wie die Gänse. Die SPD. ist bisher bemüht gewesen, ihren Krippenjägern Gehalt noch und noch zu bewilligen. Zum Beispiel wurde für den Lagerhalter Ihmann, der vor kurzem die Vertretung des Gemeindevorstehers innehatte, neben seinem Lagerhaltergehalt noch eine Zuwendung von 100 Mark bewilligt. Diese elenden Demagogen.

Gemeindevorstand provoziert die Erwerbslosen

Nieder-Salzbrunn. In der Gemeindevertretersitzung vorige Woche wurde u. a. folgendes behandelt: Unter 49 Beschlüssen des Wohlfahrtsausschusses sollte der Antrag der Frau eines Erwerbslosen, dem der Wohlfahrtsausschuß bereits 25 Mark Beihilfe bewilligt hat, nicht berücksichtigt werden, da die Frau angeblich ihren Antrag zu spät gestellt hat. Unsererseits wurde beantragt, die bewilligte Beihilfe zu zahlen, was mit den Stimmen der Bürgerlichen abgelehnt wurde. Bei Punkt 17 beantragte der Vorsitzende, sieben Punkte der Tagesordnung geheim zu verhandeln. Genosse Bartsch beantragte, die Tagesordnung bis zum Schluß öffentlich zu erledigen. Hier wurde ein ganz neues Verfahren angewandt. Die Zuhörer mußten den Saal bei der Abstimmung über öffentliche oder geheime Sitzung verlassen. Die Mietsverträge im zweiten Achtfamilienhaus, eine Bauzinsangelegenheit und der Antrag der Erwerbslosen wurden noch in öffentlicher Sitzung behandelt. Der Antrag der Erwerbslosen auf Beseitigung der Pflichtarbeit wurde von den Genossen Bartsch und Grosser begründet und die Fälle der Beschwerden vorgebracht. Von seiten der Gemeinde wird erklärt, es würde Tariflohn gezahlt, dabei bei keiner der Pflichtarbeiter den Familienzuschlag erhalten. Der Gemeindevorsteher erklärte, ein Beschluß darüber könne nicht gefaßt werden, der Antrag sieht aber vor, die Arbeit ruhen zu lassen, bis der Antrag erledigt ist. Auf die Frage, was die Gemeinde zu tun gedenkt, wenn die Erwerbslosen die Arbeit nicht wieder aufnehmen, erklärte der Vorsteher: Da wird keine Unterstützung gezahlt. Die Erwerbslosen müssen auf diese Provokation entsprechend antworten.

Rothenbach

Die „machtvolle" Kundgebung des Reichsbanners in Rothenbach war ein klägliches Fiasko. Ein Umzug, ungefähr als wenn die Arbeitslosen dieser Republik zum Stempelamt gingen. Ganze achtzig Mann gingen hinter vier Fahnen der glorreichen Republik. Vornweg ein Polizeihauptwachtmeister, angetan mit sämtlichen Orden und Ehrenzeichen des verflossenen Kaiserreiches. Nur auffallend war die importierte Rednerkanone aus Görlitz, die mindestens zwei Zentner wog und sich auf Kosten der Arbeiter ganz hübsch gemästet hat. Von Rothenbach waren nur zehn Mann zu sehen. Selbst die Bitte am Schmücken der Häuser ist von den Arbeitern in Rothenbach nicht respektiert worden, denn man konnte nur an den Gasthäusern Fahnen entdecken. Die Hörsingsche Bürgerblockgarde macht eben allmählich Pleite. Ja — wenn man auch für solch eine herrliche Republik Loblieder schreibt — — —.

Königszelt

Der „erholungsbedürftige" Fabrikdirektor

Kurzarbeit (30 Stunden die Woche) und Entlassungen in der Porzellanfabrik Königszelt

(Arbeiterkorrespondenz)

Die jahrelang dort beschäftigten Arbeiter müssen feststellen, daß sich ihre Lage und ihre Arbeitsbedingungen fortwährend verschlechtert haben. Sie können kaum einmal ein paar Tage im Jahre ausspannen. Bekanntlich gibt es nach einjähriger Beschäftigung vier Tage Urlaub. Aber dagegen so ein Direktor —. Herr Direktor Krauß muß sich von seiner anstrengenden Tätigkeit länger erholen. Trotzdem er immer vom Sparen redet, steht er wohl auf dem Standpunkt, wenn man zehntausend Mark Gehalt hat, kann man auch —zig Tage Ferien haben. Im übrigen, wir hoffen und erwarten, daß Sie der Königszelter Arbeiterschaft noch lange erhalten bleiben, denn Ihre „segensreiche Tätigkeit für die Arbeiterschaft" ist der beste Agitator dafür, daß es endlich Zeit wäre, wenn die gesamte kapitalistische Gesellschaft in den Orkus der Vergangenheit verschwinden würde. Wir wollen uns einen Staat aufbauen, in dem die Werktätigen die Macht haben. Es soll verschwinden, daß auf der einen Seite Macht, Geld und Luxus zu Hause sind, auf der anderen Seite dagegen Armut, Elend und nur Pflichten. Arbeiter, kämpft mit den Kommunisten!

Landeshut

Nazipleite

Die am Dienstag im Kaisersaal von den hiesigen Nazis einberufene Versammlung gestaltete sich trotz der Reklame mit dem Narbensucher, Pfarrer Münchmeyer, zu einer großen Pleite. Die Landeshuter Arbeiterschaft zog es fast restlos vor, dieser Versammlung, die in der Hauptsache von aus Hirschberg, Schweidnitz, Schönau, Waldenburg und aus mehreren anderen Orten herangeholten Mordbanditen besucht war, fernzubleiben. Selbst die Gewerbetreibenden waren vernünftig genug bis auf wenige Ausnahmen (die sich die Arbeiterschaft für später merken wird) die Versammlung zu meiden. Uebrig blieben nur noch einige abkommandierte Angestellte aus hiesigen Geschäften und Betrieben und Beamte und Lehrer, so zum Beispiel Lehrer Hanke aus Vogelsdorf, der durch sein Vorgehen der Arbeiterschaft gegenüber sich sehr beliebt gemacht hat und bei den Nazis den richtigen Platz gefunden haben dürfte. Der anscheinend mit allen Geboten Gottes auf dem Kriegsfuß stehende Gottesstreiter nahm sich in seinem Referat besonders die Kommunisten und Sowjetrußland vor. Die allernsten Lügen — „Bestechung eines Kommunisten in Schweidnitz mit 6000 Mark" sowie „Lebensmittelnot in Rußland". Die Narbengeschichte und sonstige besondere Führertugenden stellte er als ganz harmlos hin, wie schon in der Bibel, war ja auch hier die Eva mit der Schlange die Verführerin. Aergerlich für diese Sorte Wanderredner ist es, daß, wie jetzt im „Börsenkurier", einem befreundeten, großkapitalistischen Organ, über die Ernährungsfrage und über die anderen wirtschaftlichen Verhältnisse gerade das Gegenteil zugegeben werden muß. Die Polizei, die verstärkt durch Landjäger, den Schutz dieser Mordbanditen übernommen hatte, zeigte auch hier wieder wie in der Luckerversammlung, daß „gleiches Recht und gleiche Behandlung" in der Republik eine Phrase ist. Arbeiter, welche Kleidung oder Abzeichen des Roten Frontkämpferbundes tragen, werden rücksichtslos festgestellt und bestraft. Den Angaben der Nazis wird vollauf geglaubt, auch dann, wenn sie, wie in Hirschberg vor acht Tagen, unter Eid die Unwahrheit sagen. Nazis konnten indessen unter den Augen der Polizei Kleidung und Abzeichen tragen, ohne daß ihre Namen festgestellt wurden, geschweige, daß eine Bestrafung zu erwarten ist.

Die Provokationen, die sich Trautmann und Konsorten leisteten, sind an der Disziplin der Arbeiter gescheitert, zum Aerger einiger Polizeibeamten, die gar zu gern wieder den Gummiknüppel gegen die Arbeiterschaft geschwungen hätten.

Klassengenossen! Das Vorgehen der Faschisten hier und in anderen Ländern (Finnland, Oesterreich), die stille Duldung durch die Spitzen der Sozialdemokratie zeigten die Gefahr des Krieges gegen Sowjetrußland in nächste Nähe gerückt. Die Arbeiterschaft muß schon jetzt alle Vorbereitungen treffen, um den 1. August durch gewaltige Demonstrationen gegen den Faschismus, gegen Kriegsgefahr, gegen Ausbeutung und politische Unterdrückung zu protestieren. Helft mit, die Voraussetzungen zu einem guten Gelingen am 1. August und zum internationalen Grenztreffen am 3. August zu schaffen. So treten wir am besten der faschistischen Gefahr, ganz gleich, in welcher Form sie auftritt, entgegen!

Heraus zum Solidaritätstag!

Am Sonntag, dem 13. Juli, treten die Parteimitglieder und alle revolutionären Arbeiter mit ihren Angehörigen mittags 1 Uhr zum Ausmarsch nach Blasdorf bei der „Sonne" an. Der Solidaritätstag der Internationalen Arbeiter-Hilfe muß zu einem Massenaufmarsch der Landeshuter Arbeiterschaft werden. Das Programm sieht vor: Konzert, Ansprache, Kinderspiele u. a. Fackeln für die Kinder sind mitzubringen. Beteiligt euch deshalb vollzählig.

Die Ortsleitung.

Niederschlesien

Liegnitz

Heraus zur

Protestkundgebung

gegen die am 14. Juli geplanten Terrorurteile gegen revolutionäre Arbeiter am heutigen Freitag, 18 Uhr, auf dem Friedrichsplatz. Um 20 Uhr große öffentliche Versammlung im Lokal „Haag".

Glogau

Zwei Tage Haft für Hand in der Tasche

Als am 30. Juni die Angeklagten vom 6. März in Glogau vor Gericht standen, trat ein Jugendgenosse mit der linken Hand in der Tasche in den Zuhörerraum. Dies empörte den diensteifrigen Amtsgerichtsrat Dommes, und mit **„Kommen Sie mal her, wie heißen Sie, nehmen Sie die Hand aus der Tasche"**, brüllte er den Genossen an. Da er dieser Aufforderung nicht nachkam, sondern nichts hörend in seiner Stellung blieb, schwoll dem Gesetzesdiener der Kamm noch mehr an und er verhängte über den Genossen zwei Tage Haft. Der Genosse bezeichnete diese Maßnahme als diktatorisch. Weitere Aufforderungen, die Hand aus der Tasche zu nehmen, blieben unbeachtet, worauf sich ein scharfer Wortwechsel entspann, währenddem 2 Zörrikosaken hereinstürzten und den Genossen dem Gerichtsgefängnis zuführten, wo er zwei Tage verbüßen mußte.

Jungproleten! Erkennt den Klassencharakter der heutigen Justiz, die klassenbewußte junge Kämpfer in den Kerker wirft und sogar zum Tode durch den Strang verurteilt (die vier Jungkommunisten in Lemberg in Polen), während die Hitler-Horden über ihre Opfer herfallen und ungestraft unzählbare Arbeitermorde verüben.

Wollt ihr, daß die braune Pest noch weiter das Leben der Proletarier unsicher macht? Reiht euch ein und kämpft im Kommunistischen Jugendverband gegen Faschismus, Klassenjustiz und Kapitalismus, für den Sozialismus.

Zu die

Hochburgen des Faschismus

wird am 3. August der Vorstoß gemacht.

Rüstet zu den

Grenztreffen und antifaschistischen Kundgebungen am 3. August!

Bolkenhain

Der KPD.-Erfolg bei den Stadtverordnetenwahlen

Bei den am Sonntag, 6. Juli, stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen war eine etwas stärkere Beteiligung als bei den am 17. November vorigen Jahres stattgefundenen Wahlen zu verzeichnen. 116 Stimmen wurden mehr abgegeben. Den größten Gewinn hatte die KPD. Hier eine Gegenüberstellung der Stimmen (in Klammern das Ergebnis vom 17. November): Nazi 463 (346), SPD. 639 (622), Bürgerliche Gemeinschaft 824 (699). (Es muß hier beachtet werden, daß die Beamten am 17. November eigene Liste hatten und dabei 232 Stimmen erzielten, diesmal aber nicht mit eigener Liste auftraten, rechnet man diese den Bürgerlichen (699 Stimmen) zu, so ergibt das 931 Stimmen. 824 erhielten sie aber nur. Er ergibt sich demnach ein Verlust von 107 Stimmen.) KPD. 204 (116). Von den 116 mehr Wählern gewann die KPD. 88, die SPD. 17, die Nazi 11 Stimmen. Es zeigt sich, daß die Nazis nur aus dem Lager der anderen Bürgerlichen gewonnen haben. Die KPD. aber hat verstanden, neue Massen um sich zu scharen. Wir kommen in einem besonderen Artikel noch auf die Wahlen zurück.

Aus dem Riesengebirge

Gewerkschaftsspalter am Werk

Die Hirschberger Bonzokratie des Fabrikarbeiterverbandes stellte in der letzten außerordentlichen Mitgliederversammlung den Antrag, die Kollegen Hain und Simon aus dem Verband wegen verbandsschädigenden Treibens auszuschließen. Vorbemerkt sei, daß man es verstanden hat, aus dem ganzen Bezirk die Bonzenanwärter und solche, die auf dem Boden der Klassenverräter stehen, nämlich der SPD. angehören, heranzuziehen, um mit den Klassengenossen Hain und Simon fertig zu werden. Nachdem der SPD.-Landtagsabgeordnete Lehmann, Angestellter vom Glasarbeiterverband, sein klägliches Referat heruntergeleiert hatte, befaßte man sich mit dem Ausschluß der Kollegen. Die Angestellte des Verbandes, Käthe Richter-Schmidts, erbot sich, den Ausschluß zu begründen. Ausgehend von der letzten Erwerbslosendemonstration und -versammlung sei erwiesen, daß Hain und Simon in übergroßer und unflätiger Weise die Führung der freien Gewerkschaften heruntergerissen und als Verräter hingestellt habe, auch sie selbst sei in unerhörtester Weise angegriffen worden; dies sei der Grund zum Ausschluß aus dem Fabrikarbeiterverband. Nachdem man den beiden Kollegen ganze zehn Minuten Redezeit bewilligt hatte, ergriff Kollege Hain das Wort und zeigte an Hand von Tatsachen die Verräterrolle der sozialfaschistischen Politik auf. Daß der weit größte Teil der Mitgliedschaft nicht mit eurer Politik einverstanden ist, zeige der schlechte Versammlungsbesuch, zeige auch heute, was charakteristisch ist, daß man überhaupt zu der Versammlung sämtliche Bonzenanwärter sowie sämtliche Funktionäre der Gewerkschaft und der SPD. herangezogen habe. Hinzugefügt muß werden, daß laut Bericht 700 bis 900 Kollegen den Verband verlassen haben; das zeige klar und deutlich, daß die Arbeiter wissen, wo der Feind sitzt. Trotz der vielen Versprechungen von seiten der Gewerkschaften und der SPD.-Führung verschlechtert sich die Lage der Arbeiterschaft. Aber wir stellen fest, nicht wir, sondern ihr seid die Spalter der Gewerkschaften. Nachdem der Genosse Pischel die Kollegen Hain und Simon verteidigte, wurde bei der Abstimmung festgestellt, daß 7 Stimmen dagegen und 37 für den Ausschluß waren bei 6 Stimmenthaltungen.

Aber gemach, ihr Burschen, mit euch Kapitalsknechten werden wir noch fertig.

Arbeiter von Hirschberg! Haltet euch zur Gewerkschaftsopposition, tretet ein in die Kommunistische Partei, lest die „Arbeiter-Zeitung", das heißt: kämpft mit uns gemeinsam gegen Sozial- und Nationalfaschismus!

SPD. rettet Brünings „Notopfer“

Durch Stimmenthaltung gibt sie der Bürgerblockregierung die Mehrheit für den Beamtenraub

Berlin, 10. Juli. (Eig. Bericht.)

In der heutigen Sitzung des Steuerausschusses, die von entscheidender Bedeutung für Brünings Raubprogramm war, unternahm die Sozialdemokratie, genau so wie durch die Abkommandierung von SPD.-Abgeordneten vor wenigen Monaten, eine erneute Rettungsaktion für die Bürgerblockregierung. Als die Deutschnationalen durch ihren Vertreter erklärt hatten, daß sie dem „Notopfer“ nicht zustimmen können, und infolgedessen keine Aussicht für die Regierung bestand, eine Rechtsmehrheit zustandezubringen, sprang Dietrich auf und erklärte, daß mit der Ablehnung des Notopfers das gesamte Deckungsprogramm hinfällig würde.

Der Sozialdemokrat Keil stammelte im allgemeinen Tumult, daß ja die SPD. immer für die Deckung des Defizits in der Reichskasse eingetreten sei. Dann erfolgte die Abstimmung. Gegen das Notopfer, das die Beamten aufs brutalste ausplündert, stimmten nur die Kommunisten und die Deutschnationalen. Die Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme und verhalfen der Hungerregierung dadurch zu einer Mehrheit von 12 gegen 7. Laut lachend verließ Dietrich nach der Abstimmung die Sitzung.

Das ist sozialdemokratische „Opposition“. Der kleine Beamte, der in Zukunft das **Notopfer** zahlen muß, weiß, daß er es der SPD. verdankt. Die gesamte werktätige Bevölkerung und nicht zuletzt die sozialdemokratischen Arbeiter wissen, daß der stille Koalitionspartner, die SPD., wiederum die Brüning-Regierung gerettet und ihr die Möglichkeit gegeben hat, immer weitere Schläge gegen das werktätige Volk zu führen.

Das Brotgesetz angenommen

Berlin, 10. Juli. (Eig. Bericht.) Das neue Brotgesetz, das die Mehrverarbeitung des Roggens vorschreibt und durch das ferner eine Brotverteuerung bewirkt werden soll, wurde am Donnerstag in namentlicher Abstimmung mit 212 gegen 198 Stimmen angenommen. Die Nationalsozialisten besaßen wieder die Unverschämtheit, für dieses Gesetz zu stimmen.

SPD. im Pfaffendienst

Immunitätsraub wegen Grosz-Gemälde

In der Donnerstagssitzung des Reichstages wurde als erster Punkt ein Antrag auf **Aufhebung der Immunität der Genossen Maslowski und Schneller** verhandelt. Genosse Maslowski soll der bürgerlichen Klassenjustiz ausgeliefert werden, weil er der verantwortliche Leiter der proletarischen Kulturausstellung der Isa war. Er wird beschuldigt, durch die **„Duldung“ der Ausstellung des bekannten George Groszschen Gemäldes, das Christus mit der Gasmaske darstellt, Gotteslästerung begangen zu haben.** Bereits im Geschäftsordnungsausschuß wurde **auf Antrag des sozialdemokratischen Abgeordneten Heilmann** die Aufhebung der Immunität des Genossen Maslowski beschlossen. **Bei der Abstimmung im Plenum schuf die SPD. eine Mehrheit für die Aufhebung der Immunität, indem sie sich der Stimme enthielt.** Selbst den Deutschnationalen und einem Teil der Deutschen Volkspartei war dieser Pfaffendienst zu anrüchig und sie stimmten gegen die Aufhebung der Immunität. Die Stimmenthaltung sämtlicher 153 Sozialdemokraten brachte eine ganz knappe Mehrheit für den Immunitätsraub.

Dasselbe Spiel wiederholte sich bei der Aufhebung der Immunität des Genossen Schneller. Die katholischen Pfaffen wollen ihn ins Gefängnis bringen, weil er in einem Artikel der „Roten Fahne“, der sich scharf gegen die antibolschewistische Lügenhetze des Papstes wandte, **Pfaffenbeleidigung begangen haben soll.** Auch in diesem Falle war **der Antragsteller für die Aufhebung der Immunität im Geschäftsordnungsausschuß der Sozialdemokrat Heilmann.** Im Plenum enthielten sich die Sozialdemokraten ebenso wie bei der Abstimmung über die Immunität des Genossen Maslowski der Stimme.

Genosse Pieck betonte in einer kurzen Rede zu diesem Immunitätsraub: „Wenn Karl Marx gesagt hat: Religion ist Opium für das Volk, so muß man heute hinzufügen: Die Sozialdemokraten sind zum Opium geworden.“

Ausplünderung der Krankenkassen durch das Privatkapital

Berlin, 10. Juli. (Eig. Meld.) Heute begann der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages mit der Einzelberatung der Abauvorlage zur Krankenversicherung. Die Kommunisten stimmten gegen den Antrag, der besagt, daß Versicherungsberechtigte mit mehr als 8400 Mark Einkommen nicht mehr **Mitglied**, aber Vertreter der Versicherten sein können. Die Sozialdemokraten mit den bürgerlichen Parteien stimmten dafür. Die Kommunisten forderten für die Versichertenvertreter Schutz gegen Entlassung oder Versetzung im Betriebe. Der Antrag wurde abgelehnt.

Zu scharfen Auseinandersetzungen kam es über die Vorschläge der Regierung, die besagen, daß die Errichtung von Gebäuden, Ambulatorien, Zahnkliniken, Krankenhäusern, Erholungsheimen usw. der Genehmigung des Reichsversicherungsamtes bedarf. Da die Vorschläge **eine weitere Einschränkung der Selbstverwaltung der Krankenkassen** bedeuten, wandten sich die Komunisten dagegen. Die Rechtsparteien machten **scharfe Vorstöße** gegen die Einzelbetriebe und forderten, daß die **Herstellung und Selbstabgabe von Verbandsmaterial, Arznei, Heilmitteln usw. ganz verboten wird.** Die Genossen Schröter und Geschke zeigten an Beispielen, wie die Krankenkassen durch Eigenbetriebe Ersparnisse machen könnten, daß aber im Profitinteresse des Privatkapitals, insbesondere der chemischen Industrie die Eigenversorgung der Krankenkassen abgedrosselt werden soll.

Die Kommunisten beantragten, zur Versicherungspflicht alle gegen Lohn und Gehalt beschäftigten Personen, Beamte, Erwerbslose, Renten- und Unterstützungsempfänger, sowie Anstaltsinsassen in die Krankenversicherung einzubeziehen. Diese Anträge wurden gegen die Stimmen aller anderen Parteien abgelehnt.

Polizei schießt in Eisleben

SPD.-Polizei zugunsten der Streikbrecher eingesetzt — Streikfront steht unerschüttert

Halle, 10. Juli. (Eig. Drahtb.) **Gestern nacht kam es in den Straßen von Eisleben zu scharfen Zusammenstößen zwischen roten Streikposten und Streikbrechern, in deren Verlauf die Polizei zugunsten der Streikbrecher eingriff und die kämpfenden Arbeiter beschoß.**

Ein Massenaufgebot von roten Streikposten unter Führung **des proletarischen Selbstschutzes** und unter starker Beteiligung auch der gewerkschaftlichen Streikposten erwartete die Streikbrecher, die am Tage in die Krughütte eingefahren waren. **Die Streikbrecher gingen bewußt provokatorisch vor. Selbst Passanten auf der Landstraße wurden von ihnen von der Halde herunter mit Steinen beworfen.** Die Arbeiter beantworteten die Provokationen der Streikbrecher mit proletarischer Entschlossenheit. Als die Verräter unter Polizeischutz aus dem Werk kamen, **empfing sie ein Steinhagel.** Die Polizei alarmierte ein Ueberfallkommando und ging dann gemeinsam mit dieser Verstärkung **auf alle in der Straße befindlichen Personen mit dem Gummiknüppel vor. Plötzlich wurde den aus den Fenstern schauenden Anwohnern zugerufen: „Fenster zu!“ und im selben Augenblick krachten die Schüsse der Polizei durch die Straßen.** Bis ½2 Uhr nachts durchraste der Ueberfallwagen die Straßen. Wahllos wurden Verhaftungen vorgenommen. Insgesamt sind 90 Passanten **inhaftiert** worden.

Die gewerkschaftlichen Streikposten sind stark erregt, daß ihre **Verbandsbonzen Böttcher und Kaufmann, als die ersten Zusammenstöße erfolgten, schnell in ihr bereitstehendes Auto kletterten** und flüchteten. Die Polizeischüsse von Eisleben haben die Arbeiterschaft des ganzen Mansfelder Reviers alarmiert. Aus dem ganzen Lande sind die Arbeiter nach Eisleben zu einer Riesendemonstration zusammengeströmt.

Blutige Polizeiattacken im Rathaus

Reichenbach i. V., 9. Juli. (Eig. Berichterstattung.) In der Stadtverordnetensitzung am 8. Juli sollten neue Belastungen für die Werktätigen beschlossen werden. Die kommunistische Fraktion erklärte, daß sie dieser Young-Ausplünderung den stärksten Widerstand entgegensetzen werde und stellte dementsprechende Anträge. Als die KPD.-Anträge restlos niedergestimmt wurden, bemächtigte sich der Tribünenbesucher helle Empörung. Die Polizei, die anscheinend vorher bestellt war, rückte mit geschwungenem Gummiknüppel in den Sitzungssaal ein und stürmte die Tribünen. Die protestierenden kommunistischen Stadtverordneten wurden mit aller Brutalität aus dem Saale geschleift. Vor dem Rathaus kam es zu weiteren Zusammenstößen mit der Polizei. Die Polizei knüppelte erbarmungslos Frauen, Kinder und Greise nieder. Die Opfer waren fünf Schwer- und vier Leichtverletzte. Der Führer der Arbeiterwehr mußte schwerverletzt ins Krankenhaus überführt werden.

Blei und Gummiknüppel — statt Brot, das ist das Programm der kapitalistischen Young-Republik. Um dies Programm durchzuführen, erstreben auch jetzt die sächsischen „linken“ SPD.-Führer die große Koalition.

Fahrpreiserhöhung:

I. und II. Klasse 3 Prozent, III. Klasse 8 Prozent, Monats- und Wochenkarten 12 Prozent

Das Reichsverkehrsministerium gibt bekannt, daß es der von der Reichsbahnverwaltung beantragten Tariferhöhung zugestimmt hat. Dabei erfährt man zum erstenmal, welcher Art die Tariferhöhungen sind. Zugleich stellt sich heraus, daß **die Behauptung, die Gütertariferhöhung sei von der Regierung abgelehnt worden, Schwindel war.** Eine teilweise Gütertariferhöhung ist jetzt schon beschlossen, und zwar hat die Reichsregierung eine **Erhöhung des Stückguttarifs, sowie des Expreßgut- und Gepäcktarifs genehmigt.** Nur eine allgemeine Erhöhung der Wagenladungstarife ist abgelehnt worden. Diese teilweise Gütertariferhöhung wirkt sich selbstverständlich auch preisverteuernd aus, besonders **auf Lebensmittel und Bedarfsartikel,** die als Expreßgut und Stückgut in kleineren Sendungen verschickt werden.

Die Personentariferhöhungen zeigen das bei allen bisherigen Tariferhöhungen übliche Bild einer **unerhörten Ueberbelastung der Passagiere der untersten Preisklasse,** die sich dafür, daß sie alle Gelder für den Personenverkehr aufbringen müssen, noch wie Heringe in ehemaligen Vierterklassewagen, die mehr Vieh- als Personenwagen gleichen, zusammendrängen lassen müssen. Im einzelnen betragen die Erhöhungen der Personentarife

für die 3. Wagenklasse eine Erhöhung des Kilometerpreises von 3,7 auf 4 Pf., das sind 8 Prozent;

für die 2. Klasse eine Erhöhung des Kilometerpreises von 5,6 auf 5,8 Pf., das sind rund 3 Prozent und,

für die 1. Klasse von 11,2 auf 11,6 Pf., ebenfalls um 3 Prozent.

Zugleich werden die Preise für Monatskarten 3. Klasse **bei 5 Kilometer von 4,20 auf 5 Mark, bei 15 Kilometer von 11,60 auf 13 Mark und bei 30 Kilometer von 18 auf 20 Mark erhöht.**

Die Preise für die Arbeiterwochenkarten werden bei 5 Kilometer von 90 Pf. auf 1 Mark, bei 15 Kilometer von 2,40 auf 2,60 Mark und bei 30 Kilometer von 3,60 auf 4 Mark erhöht.

Ebenso werden die Preise für die Bahnsteigkarten von 10 auf 20 Pf. erhöht. Die Passagiere der besseren Klassen werden zugleich dadurch weiter bevorzugt, daß **die Preise der Zuschlagskarten für FD-, D- und Eilzüge und ebenso auch die Fahrpreise für Luxuszüge unverändert bleiben.**

Die Tariferhöhung tritt am 1. September 1930 in Kraft. Die Reichsregierung hofft, dadurch 65 Millionen aus den Proleten, die auf die Reichsbahn angewiesen sind, herausschinden zu können. Die Fahrpreise des Berliner und des Hamburger Vorortverkehrs bleiben zunächst unverändert, da sie erst vor einigen Monaten erhöht worden sind.

Als Illustration zu der Unverschämtheit, mit der man in der Zeit des Redens vom Preisabbau diese Preiserhöhung für eine lebenswichtige Ausgabe im Arbeiterhaushalt durchführt, sei nur erwähnt, daß die amtliche Bekanntmachung diese zwölfprozentige Fahrpreiserhöhung für den Arbeiter eine „mäßige Erhöhung der Personentarife“ nennt. Das ist eine unmäßige Frechheit.

Streikbruchvorstoß von Klöckner-Proleten zurückgeschlagen

Hagen i. W., 10. Juli. Die Belegschaft des Hasper Eisen- und Stahlwerk hat mit vorbildlicher Geschlossenheit einen infamen Anschlag der Reformisten und Christen auf die Streikfront zurückgeschlagen. Am Dienstag morgen hatte die Gewerkschaftsbürokratie eine Belegschaftsversammlung einberufen, in der sie den Arbeitern vorschlug, den Streik gegen den Lohnabbau abzubrechen. Gegen den Protest der Arbeiterschaft wurde in der Versammlung festgelegt, daß die Annahme oder Ablehnung des reformistischen Kuhhandelsvorschlags in geheimer Abstimmung in den einzelnen Abteilungen entschieden werden soll. Nach Schluß der Versammlung sprach ein Vertreter der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu den Hasper Proleten. Der Reformist Sänger, der dies zu verhindern suchte, wurde von der Belegschaft zum Schweigen gebracht.

Das Ergebnis der geheimen Abstimmung ist eine flammende Kampfansage der Hasper Proleten an die Lohnräuber und an die sozialfaschistisch-christlichen Verräter und ist zugleich ein Vertrauensvotum für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Für die einheitliche und geschlossene Weiterführung des Streiks stimmten 1223 Arbeiter, für die Schandbedingungen, die die Reformisten mit den Unternehmern vereinbart hatten, ganze 198.

Nur „Klasse gegen Klasse“

Die internationale Konferenz der Negerarbeiter

Hamburg, 9. Juli. Auf der Internationalen Konferenz der Negerarbeiter wurden Referate über die Arbeit des Internationalen Komitees, über die Wirtschaftskämpfe, über den Kampf gegen die Zwangsarbeit und die Kopfsteuer sowie über die Kriegsgefahr gehalten.

Die Diskussion über die Punkte war eine sehr ausführliche. Einmütige Zustimmung fand die Entschließung, daß die Sowjetunion bei einem kommenden Angriff der Imperialisten die volle Unterstützung der Negerarbeiter haben muß. Weiter kam in der Diskussion zum Ausdruck, daß die Wirtschaftskämpfe in Zukunft nur unter der Parole „Klasse gegen Klasse“ geführt werden dürfen. Die Frage der Rassen und Farben spielt eine untergeordnete Rolle.

Am Schlusse der Sitzung fand eine Begrüßungsversammlung der internationalen Seeleute und der Hamburger Hafenarbeiter statt.

★

Am dritten Verhandlungstag der Internationalen Konferenz der Negerarbeiter wurden die eingebrachten Resolutionen diskutiert. Ein neues provisorisches Komitee wurde gewählt, um aktive Kräfte aus den Ländern, die den Delegierten die Pässe verweigert hatten, wie **Haiti, Lateinamerika, Französisch-Afrika, Südafrika** und **Kuba,** zur Arbeit heranzuziehen.

Die Konferenz behandelte die Resolution über die Wirtschaftskämpfe der Negerarbeiter. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Parole „Klasse gegen Klasse“ geschenkt. Die Resolution gegen die Kriegsgefahr im Zusammenhang mit der Bedrohung der Sowjetunion durch die Imperialisten wurde eingehend diskutiert. Die **Verteidigung der Sowjetunion** auch durch die Massen der Negerarbeiter wurde als brennende Aufgabe betrachtet. Eine weitere Resolution, welche die Lynchschande in den Vereinigten Staaten behandelt, fand einstimmige Annahme.

Dann wurde das Schlußwort des Genossen Ford entgegengenommen. Der Genosse Ford wurde als Vorsitzender des neuen Komitees bestätigt. Mit dem Gesang der „Internationale“ wurde die arbeitsreiche Konferenz geschlossen.

Wir bieten an:

Etwas Besonderes für wenig Geld!

Frauen-Kleider Waschkunstseide, hübsche helle Farben, mit Glockenrock, bis Größe 50 . . . **6.50**

Frauen-Kleider Waschkunstseide, moderne helle Muster, mit langem Arm **6.90**

Damen-Kleider Voll-Voile, mit Bulgaren-Stickerei, ohne Arm . . . **7.85**

Backfischkleider Musseline, reine Wolle, jugendliche flotte Form . **9.75**

Complets Stoffe engl. Art, Mantel ganz auf Kunstseide gefüttert, Rock m. Gehfalte **14.75**

Damen-Trenchcoats moderne Farben . . . **6.85**

Backfischmäntel reine Wolle, flotte jugendliche Form . . . 14.75, **9.75**

Damen-Mäntel gute moderne Stoffe, zum Teil ganz gefüttert 24.00, 16.50, **9.75**

Kinder-Mäntel niedliche Verarbeitung, viele schöne Muster 6.85, 5.85, **4.85**

Herren-Knickerbocker mod. Muster, Stoffe engl. Art **4.75**

Herren-Loden-Mäntel gut imprägniert . . . **11.75**

Herren-Trenchcoats imprägniert hellmode u. blau 14.75, **13.75**

Damenputz

Moderne Damenhüte kleidsame Glocken **1.90**

Große elegante Glocken echtes Hanfgeflecht **2.25**

Helle Hochsommer-Hüte mit Band und Blumengarnitur **3.45**

Damenwäsche

Taghemden aus gutem Wäschestoff, mit Hohlsaum und Motiv **1.20**

Taghemden Batist, mit Valenciennesspitzen **1.85**

Nachthemden Wäschestoff, mit Spitze und Motiv **1.85**

Nachthemden weiß Batist, farbig garniert und mit Valencienneseinsatz **2.65**

Prinzeßröcke Wäschetuch, mit Klöppelspitze und Motiv **1.85**

Prinzeßröcke Batist mit Klöppelspitze und mit Stickerei **2.85**

Badewäsche

Badekappen alle Farben **25**

Taucherkappen bunt gemustert **45**

Badeanzüge für Kinder einfarbig mit weiß garniert . . . Größe 28 **75**
jede weitere Größe **10 ₰** mehr.

Badeanzüge für Damen, zweifarbig, mit schrägem Oberteil u. mit Gürtel, Größe 44 **1.90**

Badeanzüge für Damen und Herren, reine Wolle, zweifarbig 5.90, **3.95**

Bademäntel für Damen und Herren bunt gemustert 8.75, **6.90**

Bademäntel für Kinder in allen Farben . . . . . Größe 60 **3.90**
jede weitere Größe **50 ₰** mehr

Strümpfe

Damen-Strümpfe echt ägyptisch Mako in modernen Farben . . . . . Paar **95**

Damen-Strümpfe prima Seidenflor, Doppelsohle, Hochferse, schöne Farb., Paar **1.45**

Damen-Strümpfe prima Waschkunstseide, Doppelsohle, Hochferse, moderne Farbensortiments . . . . . Paar **1.45**

Damen-Strümpfe prima Waschkunstseide, „Celta Goldstempel" gute haltbare Qualität und mod. Farbentöne . . . . Paar **1.95**

Herren-Socken neueste Muster . . . . . Paar **75**

Herren-Socken mit Kunstseide plattiert moderne Jacquard-Muster . . . . . Paar **95**

Herrenartikel

Stehumlegekragen modernste Formen, Mako 4 fach **45**

Elegante Selbstbinder reine Seide, mod. Sportform, 1.35, 95, **68**

Ledergürtel Vollrindleder mit Koppelschloß **95**

Hosenträger, unt. d. Hemd zu trag., haltb. Gummiband, m. Messing- od. Zelluloidschnalle **1.45**

Oberhemden, farbig Popeline m. 1 weichen Kragen, mod. Muster **5.75**

Wochenendhemden mit Kragen und Binder, Oxford u. leicht gerauht . . 6.75, **5.90**

Herren- u. Knaben-Sportmützen modernste Sportstoffe . . . 1.75, 1.35, **95**

Herren-Hüte Wollfilz, Roll- u. Flachrand, 4.25, 3.50, **2.75**

Im 3. Stock

Extra billige Angebote in Glas, Porzellan und Emaille

Waschmusseline hell- und dunkelgrundig . Mtr. **48**

Beiderwand für Gebirgskleider, einfarbig und gestreift . . . . . Meter **55**

Beiderwand mit Kunstseide, Indanthren, hervorragende Qualität . . Meter **75**

Pulloverstoffe große Musterauswahl . . . Meter **68**

Wasch-Kunstseide moderne Muster . . . . Meter **78**

Wasch-Krepp herrliche Muster . . . . Meter **75**

Voll-Voile neueste Muster . . Meter **1.25**

Wollmusseline aparte Muster . . . Meter **1.45**

Kunstseid.-Voile moderne Dessins . Meter **2.45**

Crêpe-Georgette viele Farben, ca. 100 cm breit . . . . . Meter **4.90**

Hemdentuch feinfädige Ware . . . . Meter **32**

Linon kräftige Qualität, ca. 80 cm breit Meter **58**

BARASCH